

# Buchbinder-Zeitung

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Erscheint Sonnabends.  
Abonnementpreis 75 Pfennig  
pro Quartal inkl. Postgebühren.  
Bestellungen nehmen an alle Post-  
anstalten, sowie die Expedition,  
Sophienstraße 10 I, Stuttgart.

Inserate  
pro Spaltlänge 20 Pf.,  
für Werbungsgebiete 10 Pf.  
Broschüren sind der Betrag in  
Briefmarken beizufügen, andern-  
falls der Abdruck unterbleibt.

Nov. 30

Stuttgart, den 26. Juli 1902

18. Jahrgang

## Die Reichssozialpolitik und der Arbeiterinnenschutz.

Die deutsche Reichssozialpolitik ist dafür bekannt, daß sie nach dem Motto: „Immer langsam voran“ betrieben wird. Von der stolzen Höhe, auf der sie ehemals stand und auf der sie den Ehrgeiz hatte, an der Spitze der sozialpolitischen Gesetzgebungen der Industrieländer zu marschieren, ist sie längst herabgestiegen. Heute ist ihr einziges Streben, bei ihren Maßnahmen dem Kapitalismus und dem kapitalistischen Unternehmertum, dessen Ausbeuterrechte sie doch ursprünglich beschneiden sollte, nicht zu nahe zu treten. So entschließt sich denn die Reichssozialpolitik überhaupt nur schwer zu neuen sozialpolitischen Schritten. Es bedarf einer jahrelangen agitatorischen Tätigkeit der Arbeiterorganisationen und der Arbeitervertreter im Reichstag, bis endlich auf dem weiten Gebiet der Sozialpolitik irgend ein kleiner Schritt unternommen wird. Und dann ist dieser Schritt so eingerichtet, daß er dem Unternehmertum in keiner Weise lästig wird.

Die Gewerkschaften haben in den letzten Jahren einen unermüdbaren, opferreichen Kampf für die Verkürzung der Arbeitszeit geführt und auch tatsächlich erreicht, daß die Arbeitszeit in den einzelnen Betrieben ganz wesentlich herabgesetzt wurde. Vielleicht ist noch nie auf irgend einem Gebiet eine so werthvolle Vorarbeit geleistet worden, wie von der organisierten Arbeiterschaft für den gesetzlichen Maximalarbeitszeitgesetz. Trotzdem aber und obwohl heute kein Einsichtiger mehr die Möglichkeit des gesetzlichen Maximalarbeitszeitgesetzes bestreitet, wagt sich die Reichssozialpolitik an die Ordnung der Materie nicht heran und doktriert lieber, bald bei den Bäckereigehilfen, bald beim Handelsgewerbe, an der Frage herum. Zu dem wahrhaft himmelstürmenden Wagnis, den gesetzlichen Zehnstundentag einzuführen, mangelt dieser Sozialpolitik der Muth.

Wie bei uns die Sozialpolitik vor lauter Wonn und Aber kaum zu Fortschritten gelangt, zeigt sich erst jetzt wieder bei der Bekämpfung der Ausbeutung der Arbeiterinnen. Bekanntlich ist der Arbeiterinnenschutz bei uns in Deutschland ein durchaus ungenügender. Unsere Gewerkschaftsblätter und die Gewerkschaftsversammlungen widerhallen fortwährend von den Klagen der Arbeiterinnen über die Ausbeutung, der sie in den Betrieben ausgegesetzt sind. Die Arbeitervertreter im Reichstag haben deshalb auch bei den alljährlichen Beratungen des Staats des Reichsamtes des Innern stets von Neuem vergrößerten Schutz der Arbeiterinnen, vor Allem Verkürzung ihrer Arbeitszeit verlangt. Die Gegner, welche sonst geschworene Feinde des Achtstundentags sind, haben diesen für die Arbeiterinnen ganz gut einführbar erklärt. Selbst von den Freisinnigen lassen sich aus den Debatten Aeußerungen zitiren, nach welchen sie für die Frauenarbeit den Achtstundentag möglich und nothwendig halten. 1898 nahm auch der Reichstag, unter dem Drucke der Arbeitervertreter, eine Resolution an, die den Reichskanzler ersuchte, durch die Gewerbeaufsichtsbeamten eine eingehende Berichterstattung über die

Beschäftigung verheiratheter Frauen geben zu lassen. Leider nahm dergestalt der Reichstag die unverheiratheten Frauen von der Erhebung und damit auch von der Erweiterung der Schutzbestimmungen aus. Aber man hätte schließlich mit dem Wenigen zufrieden sein können, wenn eben nur das Wenige gegeben worden wäre. Die Arbeiterinnen thaten zu ihrem Theile alles, um der Enquete die Wege zu ebnen. Ihre Agitatoren hielten Versammlungen ab und legten die Schädlichkeit der Frauenausbeutung, die die Nothwendigkeit ihrer Einschränkung beweisen sollte, dar. In den größeren Städten hatten die Versammlungen starken Zulauf.

Im Gegensatz zu dem guten Willen und der Begeisterung der Arbeiterinnen stand die nüchterne, trockene Art, in der die Regierung dem geäußerten Wunsche des Reichstags nachkam. Sie veranlaßte die Gewerbeinspektoren zur Aeußerung in der Sache in ihren nächsten Jahresberichten und stellte namentlich die Frage, ob es sich empfehle, den verheiratheten Frauen, welche ein Hauswesen zu besorgen hätten, die Arbeitszeit zu verkürzen, während der Schwangerschaft oder während sie nähren, oder sie mit häufigeren oder längeren Pausen arbeiten zu lassen?

Auf diese Frage haben dann die Gewerbeinspektoren 1899 eine eingehende Antwort gegeben, welche in dem bekannten Bande: Ergebnisse der Erhebung über die Fabrikarbeit verheiratheter Frauen, niedergelegt ist und von uns an dieser Stelle bereits einmal eingehend besprochen wurde.

Die Enquete war ein redender Beweis für die Nothwendigkeit der Ausdehnung der schutzgesetzlichen Bestimmungen für die Arbeiterinnen, zumal für die Verkürzung der Arbeitszeit. Man war auch allgemein des Glaubens, die Regierung werde baldigst mit einem entsprechenden Gesetzentwurf kommen. Die Arbeitervertreter brachten deshalb bereits in der Winteression 1900 im Reichstag in Form eines Antrags eine ganze Reihe neuer Schutzbestimmungen für Arbeiterinnen ein, darunter auch die Verkürzung der Arbeitszeit. Aber die Zeit strich hin und die Regierung dachte nicht daran, einen Gesetzentwurf einzubringen. Als sie schließlich interpellirt wurde, erwies sich, daß sie in der Zwischenzeit ihre Meinung wieder einmal geändert hatte. Gegen Ende der 90er Jahre, unter dem Zeichen des wirtschaftlichen Aufschwunges, war sie für Beschränkung der Frauenarbeit gewesen, nun, nachdem der Niedergang eingetreten war, fürchtete sie, sich den Grimm aller Ausbeuter auf den Hals zu laden, wenn sie die Frauenarbeit beschränke. So schob sie, nach bewährter Methode, die Erledigung der Sache auf die lange Bank, und 1902, drei Jahre nach der veröffentlichten Enquete der Inspektoren, gab Graf Posadowsky plötzlich zu allgemeiner Ueberschamung im Reichstag die Erklärung ab, es müßten sich die Gewerbeaufsichtsbeamten noch einmal über die zehnstündige Arbeitszeit für Fabrikarbeiterinnen äußern; erst dann werde man sich ein weiteres Urtheil bilden können. In Folge dessen hat dann das Reichsamt des Innern, durch die Vermittlung des Reichskanzlers, von den Gewerbeinspektoren

Bericht über die Zweckmäßigkeit der Verkürzung der Arbeitszeit für die Fabrikarbeiterinnen eingefordert.

So werden bei uns in Deutschland nothwendige gesetzgeberische Schritte hinausgezerrt. Erst ein jahrelanges Fordern seitens der Arbeiter, dann eine Enquete, dann ein scheinbares Einverständnis der Regierung, plötzlich ein völliges Umschlagen, ein nochmaliges umständliches Befragen behördlicher Stellen, ein ewiges Zögern und Urtheilbilden und schließlich, nach Jahren, endlich der — Zehnstundentag für die Arbeiterinnen, nachdem es den Gewerkschaften längst möglich war, in vielen Fällen bereits eine kürzere Arbeitszeit zu erlangen. Vom Achtstundentag ist keine Rede; heute und vorläufig hat die Regierung noch nicht einmal zum Zehnstundentag für Arbeiterinnen den nöthigen Muth.

Diese Sozialpolitik des Zögerns und Hinhalten verdient die schärfste Bekämpfung seitens der organisierten Arbeiterklasse. Je länger die Regierung mit der nothwendigen Ausdehnung des Arbeiterinnenschutzes zögert, desto lauter muß unser Ruf ertönen: Schutz der Frau vor der kapitalistischen Ausbeutung!

X. Y. Z.

## Bericht der Berliner Rechtschutzkommission für das Jahr 1901/1902.

Wie voranzusehen war, waren es nur wenige Angelegenheiten, die die Kommission im verfloffenen Jahre zu erledigen hatte. Dies erklärt sich dadurch, daß Arbeitsniederlegungen in größerem Umfang in Berlin nicht stattgefunden haben und demzufolge die Anhängel von Lohnbewegungen, welche in Anklagen gegen die Streikenden gipfeln, die Kommission nicht zu beschäftigen hatten. So waren es nur einzelne Plänkelleien mit dem Unternehmertum, respektive deren Stellvertreter, welche die Kommission beschäftigten.

Zunächst war eine Angelegenheit der Berliner Goldschmittmacher zu erledigen, welche durch die eigenartigen Verhältnisse in der Goldschmittmacherbranche hervorgerufen wurde. Bekanntlich müssen die Goldschmittmacher das von ihnen bei ihrer Arbeit zu verwendende Gold von ihrem Arbeitgeber kaufen und diesen Betrag, welchen der Arbeitgeber festsetzt, sich bei der nächsten Lohnzahlung in Abzug bringen lassen. Da nun die Goldpreise, die der Arbeiter zu zahlen hat, für dieselbe Qualität bei den einzelnen Arbeitgebern verschieden sein sollen, so war mit Recht Grund zu der Annahme vorhanden, daß einzelne Arbeitgeber ihren Arbeitern höhere Preise als die durchschnittlichen Selbstkostenpreise in Anrechnung brachten. Von dem Vertreter der Goldschmittmacherbranche wurde nun verlangt, daß diese Angelegenheit dem Gewerbeinspektor angezeigt werden solle. Diesem Verlangen konnte die Kommission nicht stattgeben, sondern sie war der Meinung, daß hier ein Verstoß gegen § 115 der Gewerbeordnung vorlag, welcher bestimmt, daß Werkzeuge und Stoffe zu übertragenen Arbeiten zum durchschnittlichen Selbstkostenpreis abgegeben werden müssen, und so wurde beschlossen, daß der Vertreter der Goldschmittmacher

zunächst versuchen sollte, in Erfahrung zu bringen, welche Preise für Gold von Seiten eines Arbeitgebers gezahlt werden, und ob es hiernach den Tatsachen entsprechen würde, daß die Unternehmer ihren Arbeitern höhere Goldpreise als die durchschnittlichen Selbstkostenpreise in Abzug brächten. Sodann sollte die Angelegenheit der Berliner Ortsverwaltung zur weiteren Verhandlung übergeben werden, die dann mit den Unternehmern um Befreiung dieses Uebelstandes sich ins Vernehmen setzen sollte. Nach Angabe der Goldschmittmacher sollen die Preise, welche ihnen in verschiedenen Geschäften für dieselbe Qualität Gold abgezogen werden, bis zu 3 Mk. differieren. Es würde dies im Jahre für den Goldschmittmacher, welcher die höchsten Preise bezahlen muß, eine ansehnliche Summe ausmachen.

Der Beweis, der nun erbracht werden sollte, war leider von den Goldschmittmachern nicht zu erbringen, da Schreiben an einzelne Firmen in Betreff Anfrage wegen Goldpreisen von diesen nicht beantwortet wurden. Und so mußte die Angelegenheit vorläufig ruhen bleiben. Vielleicht nehmen die Goldschmittmacher bei geeigneter Zeit die Behandlung dieser Frage wieder in die Hand. Es wäre wünschenswerth, daß mit einem derartigen System aufgeräumt würde, welches dem Arbeitgeber gestattet, außer dem Profit an der Arbeitskraft des Einzelnen auch noch einen Profit aus dem von diesem zu verarbeitenden Material zu beziehen. Sollte es allerdings möglich sein, in Erfahrung zu bringen, welche Preise die Unternehmer für dieses Gold zahlen, so dürfte wohl ein schwerer Kampf der Goldschmittmacher die Folge sein. Dieser Kampf, den man schon mit Hilfe des Gewerbegerichtes beginnen wollte, dürfte jedoch schließlich zu Ungunsten der Arbeiter ausfallen, da der letzte Absatz des erwähnten § 115 der Gewerbeordnung besagt, daß auch eine höhere Berechnung zulässig ist, falls diese ausdrücklich vorher vereinbart wird, der den Satz des ortsüblichen Preises nicht übersteigt. Nach diesem Schlusssatz ist es sehr leicht möglich, daß das Gewerbegericht annimmt, die Satzungen der Goldpreise, die ja schon jahrelang in Abzug gebracht werden, seien eine stille Vereinbarung. Auch noch aus einem anderen Grunde wäre dieser Kampf unpraktisch, da doch der einzelne Arbeiter gegen seinen Arbeitgeber klagen mußte, wodurch bis zu einem gewissen Grade eine Gefahr für den Arbeiter entstände. Das beste Mittel, dieses System zu beseitigen, dürfte sein, daß die Organisation darauf dringt, daß die Arbeitgeber

ihr Gold selber kaufen und anständige Löhne zahlen.

Sodann lag der Kommission ein Gesuch des Mitglieds Fr. Ulrich vor, welche um Rechtsschutz ersuchte. Dasselbe war bei der Firma Feib beschäftigt und will eines Tages von dem Werkführer Schwarz mit unsittlichen Anträgen belästigt worden sein. In Folge dessen entspann sich ein Wortwechsel und die Kollegin verließ die Arbeit. Die Kollegin schrieb nun an den Firmeninhaber einen Brief, in dem sie den Werkführer beschuldigte, die dort beschäftigten jungen Arbeiterinnen mit unsittlichen Anträgen belästigt zu haben; des Ferneren sollten den Freundinnen des Werkführers Stunden berechnet worden sein, worauf sie keinen Anspruch hatten. Der Arbeitgeber gab seinem Werkführer auf, unsere Kollegin wegen Beleidigung zu verklagen, um zu ersehen, was an der Sache Wahres sei. Nachdem vor dem Schiedsrichter kein Ausgleich zu Stande kam, fand der Termin vor dem ordentlichen Gericht statt. Dieser endete zu Ungunsten unserer Kollegin. Ihre erste Behauptung betreffs der unsittlichen Anträge konnte nicht bewiesen werden, betreffs der zweiten Behauptung erklärte der Arbeitgeber, daß er angeordnet habe, daß Arbeiterinnen, welche ihren durchschnittlichen Lohn nicht verdienen, einige Stunden Lohn angeschrieben erhalten sollten. In Folge dessen mußte unsere Kollegin eine Ehrenerklärung abgeben und sich verpflichten, sämtliche entstandenen Kosten zu zahlen.

Des Ferneren hatte sich die Kommission mit einem Gesuch um Rechtsschutz des Kollegen Bytomski zu befassen. Betreffender hatte einen Artikel in der „Buchb.-Ztg.“ über Zustände in Berliner Albumfabriken veröffentlicht und unter Anderem darin behauptet, daß der Werkführer Schulz der Firma Niehschke Vorgänge, die sich in der Werkstube zgetragen hätten, dem Arbeitgeber mitgeteilt hätte. Bytomski ist daraufhin von dem betreffenden Werkführer beim Schiedsrichter verklagt worden. Dieser Fall ist durch einen Vergleich beendet worden, da Bytomski seine Behauptungen nicht beweisen konnte und seinen Gewährsmann nicht nennen durfte.

Dann wurde noch eine Angelegenheit des Kollegen Winkler verhandelt. Betreffender Kollege war bei der Firma Speling beschäftigt und zwar sollte er einen Stundenlohn am Tage von 50 Pf., Nachts von 70 Pf. erhalten. Der Kollege gab in Folge eines Streites mit einem andern Kollegen seine Arbeit auf und wurden ihm bei der Lohnzahlung 6 Mk. einbehalten. Er verklagte die Firma vor

dem Innungsschiedsgericht und dieses verurtheilte die Firma, an den Kläger 5,70 Mk. zu zahlen. Gegen dieses Urtheil hat die Firma Berufung eingelegt.

Der Kollege Niget war bei der Firma Wam in Düsseldorf beschäftigt mit einem Wochenlohn von 21 Mk. Statt dieses Lohnes erhielt er jedoch nur Abschlagszahlungen, so daß er, als er eine Stellung nach Berlin annahm, einen rückständigen Lohn von 100 Mk. zu beanspruchen hatte; die Auszahlung wurde ihm verweigert, er erhielt nur 35 Mk. Betreffender ersucht um Rechtsschutz. Die Kommission beschloß, den betreffenden Arbeitgeber vor dem dortigen Gewerbegericht zu verklagen. Die Firma wurde verurtheilt die fehlenden 65 Mk. zu zahlen.

Sodann wurde noch eine Sache des Kollegen Wittkopf verhandelt, welcher bei der Firma Eisenstadt beschäftigt war und dort mit einem anderen Kollegen Hand in Hand arbeitete. Sein Mitarbeiter erhielt eines Tages von der Direktrice den Auftrag, eine andere Arbeit erst fertig zu machen. Auf die Bemerkung des Kollegen Wittkopf, sie wollten erst die alte Arbeit fertig machen, antwortete die Direktrice mit einer Beleidigung. Es wird beschlossen, daß der Kollege die Direktrice zunächst beim Schiedsrichter verklagen soll.

Des Ferneren hatte sich die Kommission mit einem Gesuch des Kollegen Sartori um Gewährung von Rechtsschutz zu beschäftigen. Derselbe war bei der Firma Rappoport beschäftigt und sollte eine ihm übertragene Arbeit nicht nach den Anordnungen des Arbeitgebers ausgeführt haben. Der Kollege blieb dabei, daß er die Arbeit laut Auftrag ausgeführt habe und kam mit dem Arbeitgeber in einen Wortwechsel, in dessen Verlauf der Arbeitgeber eine Beleidigung gegen unseren Kollegen fallen ließ. Der Kollege verklagte den Arbeitgeber beim Schiedsrichter, der Arbeitgeber erschien jedoch dort nicht, die Angelegenheit wird dem Rechtsanwalt Heine zur weiteren Verfolgung der Sache übergeben.

Das wären die Angelegenheiten, die im letzten Jahre verhandelt wurden. Auch in diesem Jahre wurde wieder die Erfahrung gemacht, daß unsere Mitglieder sehr häufig die Berichterstattung über die stattgefundenen Prozesse verzeihen. Auch wurde die Bemerkung gemacht, daß sich unsere Mitglieder bei Klagen gegen Arbeitgeber resp. deren Stellvertreter, vielfach auf Zeugen berufen, welche noch in den Betrieben der Arbeitgeber, gegen die sich der Prozeß richtet, beschäftigt sind. In allen diesen Fällen haben solche Zeugen versagt und ist es vielfach vorgekommen, daß auf vorherige Aussagen solcher

## Hinter Mauern.

Von G. Viebig.

(Schluß.)

Christine Müller stand an der Thüre, unbeweglich, als ginge sie die ganze Sache nichts an.

„Zu welcher Arbeit hätten Sie wohl am meisten Lust?“ fragte gütig die Frau Stadtrath und wandte sich zugleich an ihre Begleiterin, die hochauferichtet neben ihrem Stuhle stand. „Was meinen Sie, Fräulein West, wäre das Mädchen nicht fürs Landleben sehr geeignet?“

„Warum denn nicht?“ Das Fräulein nahm den Kneifer ab, putzte ihn, setzte ihn auf und fixirte das Mädchen. „Sie müssen aufs Land, Christine Müller! In gesunden, ländlichen Verhältnissen werden Sie den Verlockungen der Großstadt entzogen sein und sich glücklich fühlen. Luft und Licht genießen Sie da aus erster Hand. Bei einfachen Ackerbürgern, in einfacher Umgebung, werden Sie sich nur mit der Natur beschäftigen. Es muß doch eine Wonne für Sie sein, den alten Menschen hier hinter den Mauern zu lassen und einen ganz neuen anzuziehen, sich wieder als nützliches Mitglied der menschlichen Gesellschaft zu fühlen! Also aufs Land.“

Frau Kubitzke lachte. „Aee, werthe Dame, det kann se nich! Müller, zeig mal Deine jeschwollenen Beene! — Sehen Se —?! Aee, Felsarbeit is nich! Und denn die Aermchens! Herr du meine Jüte! Als se das erste Mal hier war, bu schonst nich viel mit se los; nu liegt se alle Nase lang uf die Krankenstation!“

„Das Landleben kräftigt doch aber“, sagte Fräulein West.

„Nawoll, die jehst Ihnen ein!“

„Also mit dem Landaufenthalt wäre es nichts?“ seufzte die Stadtrathin. „Das ist recht schade! Aber wie wäre es denn, wenn wir Sie in einer kleinen Stadt unterbrächten? Hören Sie mal, mein Kind, hätten Sie nicht Lust zu allerlei netten Handarbeiten?“

„Sie können sich durch Stricken und Häkeln und Nähen ganz bequem Ihr Brot verdienen“, sagte Fräulein West. „Jrgend so ein kleines Städtchen in der Mark, das ist das Richtige für Sie! Wir werden schon das Nöthige veranlassen.“

„It jehje nich von Berlin“, stieß das Mädchen plötzlich heraus. Zum ersten Male hob es den Kopf, ein düsterer Blick von unten herauf streifte die Anwesenden.

„Aber warum denn nicht? Ich möchte wissen, was Sie hier hält?“

„It jehje nich von Berlin. It will nich!“

„Nanu? Man nich so dreiste“, tabelte die Aufseherin.

„D lassen Sie, lassen Sie nur! Sie wird es sich schon noch überlegen“, lenkte die freundliche Stadtrathin ein und betrachtete mitleidig die aufgeschlossene klägliche Gestalt des Mädchens, das an der Thüre stand im ausgewaschenen Rock, mit geschwollenen Füßen, tiefe, eingegrabene Runen um den schlaffen Mund. „Wie alt sind. Sie?“

„Neunzehn.“

„Neun — zehn —?! Was — erst —?!“

„Ja, so was nimmt mit“, sagte die Kubitzke.

„So jung noch?! Um Gotteswillen!“ Beide Damen waren sehr alterirt. Der Rathin traten die Thränen in die Augen, sie schlug die Hände zusammen: „Wie traurig!“

„Sehr traurig“, seufzte Schnürleer und sah zugleich verlegen auf das Mädchen; bemitleiden, das

konnten die Alle nicht gut vertragen! Aber er hätte nicht besorgt zu sein brauchen, Christine Müller schien von Allem nichts zu hören, sie sah vor sich nieder mit dem immer gleichen, stumpfen Ausdruck.

Fräulein West wurde energisch. Sie muß fort von Berlin! Sie geht sonst zu Grunde!“

Frau Kubitzke zuckte die Achseln. „Die jehst nich! Die is uf Berliner Pflaster großgezogen — det lebt wie Pech. Wenn es sie noch so dreckig jehst, fort wollen se Alle nich. Was, Christine?“

„It jehje nich von Berlin.“

„Aber, Mädchen, Sie können sich doch unter diesen Umständen unmöglich glücklich fühlen?“ Beide Damen brachen los.

„Glücklich —?!“ Christine Müller hob die gesenkten Lider. Es war ein furchtbarer Blick, mit dem sie die Damen maß.

„Möchten Sie denn nicht wieder ein ordentliches Mädchen werden? Denken Sie doch, wie schön!“ Keine Antwort.

Für Minuten wurde es ganz still in dem kleinen Zimmer; Niemand sprach. Man hörte kaum einen Athenzug. Frau Kubitzke hatte sich an's Fenster gestellt, um ein heimliches Lächeln zu verbergen. Jetzt trommelte sie auf die Scheiben; draußen lärmten die Neumundvierzig. Wenn einige gar zu laut treifchten, trommelte sie stärker und drohte mit der Faust: die Schreier wollte sie schon kriegen, nachher, beim allwöchentlichen großen Rämmen! Christine Müller, werden Sie ein ordentliches Mädchen — Hand darauf!“ Die behandschuhte Rechte von Fräulein West streckte sich aus, zitternd vor Eifer. „Schlagen Sie ein! Ein ordentliches Mädchen — wir wollen Ihnen dazu helfen! Gern helfen! Schlagen Sie ein!“

Zeugen es zu Prozessen kam, die nachher zu Ungunsten unserer Mitglieder ausfielen, nachdem die betreffenden Zeugen das Gegentheil vor Gericht ausfragten.  
A. S.

**Internationales.**

**Interessante Angaben.** Der Quartalsbericht des New Yorker Staatsdepartements für Arbeiterangelegenheiten, der gegen Ende Juni veröffentlicht wurde, enthält Mittheilungen, die auch die deutschen organisirten Arbeiter interessieren werden.

In den ersten 3 Monaten dieses Jahres gab es im Staate New York bedeutend weniger Arbeitslose als in derselben Zeit vieler Vorjahre. Von den organisirten Arbeitern waren im Jahre 1897 am Ende dieses Quartals 30,6 Prozent ohne Arbeit, im Jahre 1899 waren es 18,3 Prozent und in diesem Jahre sind es 13,6 Prozent. Es sind hauptsächlich die Bauarbeiter, die jetzt genug Beschäftigung haben, auch die Kleidermacher können nicht klagen. Die durchschnittliche Arbeitszeit betrug während dieser 3 Monate 67,3 Tage, gegen 58 Tage im Jahre 1897.

Der Verdienst der organisirten Arbeiter ist ebenfalls gestiegen. Er betrug im ersten Quartal 1897 155 Dollar und etwas über 188 Dollar in den ersten 3 Monaten dieses Jahres.

Ende März gab es im Staate New York 1950 Arbeiterorganisationen oder eine Zunahme von 93 seit September 1901. Es wurden 152 Unionen gegründet, dagegen 93 bestehende aufgelöst. Obgleich in der Stadt New York die Unionen der Bauhandlanger 5500 Mitglieder verloren hatten, so betrug doch die Gesamtzunahme 6740. Ende März hatten die Unionen der Stadt New York 279 950 Mitglieder oder eine Zunahme von 3809 seit dem letzten September.

In anderen Theilen des Landes haben aber die Organisationen Mitglieder verloren, im Ganzen 2931 vom 1. Oktober 1901 bis zum 1. April 1902. Die größten Verluste erlitten die Unionen der Transportangestellten und der Metallarbeiter.

Die Zahl der Frauen in den Unionen betrug 12 705. Sie haben seit dem 1. Oktober des vorigen Jahres 1913 Mitglieder verloren. Am meisten verloren die Unionen der Kleiderarbeiter in der Stadt New York.

Die Gesamtzahl der aus Fabriken gemeldeten Unfälle betrug während des Quartals 677, davon verließen 23 tödtlich und 63 Personen wurden Krüppel. Von den Verunglückten waren 20 Knaben und

3 Mädchen unter 16 Jahren, 62 Knaben zwischen 16 und 18 Jahren. Ungefähr die Hälfte der Unfälle wurde durch Maschinen verursacht.

**Ein geplantes Schiedsgericht für Amerika.** Aus Washington wird berichtet, daß vom Komite für Arbeiterangelegenheiten eine Gesetzesvorlage ausgearbeitet wurde, durch die der Präsident bevollmächtigt werden soll, Bundesschiedsgerichtskommissionen zu ernennen, welche die Ursachen von Streiks und Ausschüssen untersuchen und zwischen Kapitalisten und Arbeitern vermitteln sollen. Das soll namentlich bei solchen Differenzen geschehen, deren Beilegung für den interstaatlichen Verkehr wünschenswerth erscheint. Die Vorlage soll dem Repräsentantenhaus dringend empfohlen werden. Für jedes Schiedsgericht sind 5 Mitglieder in Aussicht genommen; drei soll der Präsident ernennen, während die übrigen beiden von den streitenden Parteien zu wählen sind. Das Resultat der Untersuchung soll veröffentlicht werden; auch das Zeugenverhör soll öffentlich sein, was nach der Ansicht des Komitees den Arbeitern zu Gute kommen wird, da jedenfalls viele Unternehmer lieber die Forderungen der Arbeiter bewilligen werden, ehe sie der Öffentlichkeit ihre Geschäftsgeheimnisse preisgeben. — Es ist nicht wahrscheinlich, daß die Vorlage noch in dieser Session des Kongresses angenommen wird. Ihr hauptsächlichster Befürworter ist der Demokrat Allen L. Mc. Dermott von New Jersey, der sie ursprünglich entworfen hat. Das Komite fügte Bestimmungen über die Untersuchung von Arbeiterbeschwerden vor dem Ausbruch von Streiks oder Ausschüssen hinzu; auch soll „Niemand verfolgt, angeklagt oder bestraft werden für irgend eine seiner Handlungen oder Aussagen, die mit der Untersuchung, in der er ausfragt, zusammenhängen.“

Falls die Vorlage angenommen wird, was so ziemlich sicher ist, so kann man auf die Resultate gespannt sein; vor Allem auch darauf, wie sich der jeweilige Präsident der Republik benehmen wird. Da er von 5 Mitgliedern 3 ernennen kann, so hat er den größten Einfluß auf den Verlauf einer jeden Untersuchung.

**Korrespondenzen.**

**Leipzig.** Am 11. Juli fand im Restaurant Johannisthal die ordentliche Generalversammlung des Fachvereins statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung forderte der Vorsitzende die Anwesenden auf, sich zu Ehren des verstorbenen Kollegen Otto, sowie des Genossen Wittich von ihren Plätzen zu

erheben, er ersucht nachdem um recht zahlreiche Theilnehmung beim Begräbniß des Letzteren. Der Vorsitzende giebt in kurzen Zügen die Thätigkeit des Vorstandes bekannt. Es fanden statt: eine General- und eine Vereinsversammlung, dreizehn Vorstandssitzungen, außerdem machten sich zwanzig Extra- und Werkstübenversammlungen nöthig. Nach dem Kassenericht beliefen sich die Einnahmen auf 2034,53 Mk., die Ausgaben auf 1333,18 Mk., verbleibt ein Bestand von 651,40 Mk. Die Ursachen der hohen Ausgaben sind durch die Erweiterung der Bibliothek entstanden, sowie durch die Unterstützung an arbeitslose Mitglieder; wurden doch allein an Unterstützung 561 Mk. im 2. Quartal ausgezahlt, es ist dies der höchste Betrag, den der Verein innerhalb eines Quartals je ausgezahlt hat. Der Vorsitzende bemerkt hierzu treffend, daß dies bei so niedrigen Beiträgen immerhin eine enorme Leistung unseres Vereins sei, er ersucht die anwesenden Kollegen, daß, wenn der Vorstand einmal an die Mitglieder heranträte und höhere Beiträge beantrage, um den Verein noch leistungsfähiger zu machen, sie ihm die volle Unterstützung zu Theil werden lassen möchten. Leider mußten wieder 16 Kollegen wegen Restirens der Beiträge gestrichen werden. Die Bibliothek besteht aus 864 Bänden, ausgeliehen wurden 532 Bände. Der Vorsitzende giebt bekannt, daß durch Erweiterung der Bibliothek sich eine neue Auflage des Katalogs nöthig mache, welcher demnächst erscheint. Der Bericht des Arbeitsnachweises zeigte, daß die Arbeitslosigkeit eine große war; es hatten sich 104 Kollegen und 4 Kolleginnen im 2. Quartal arbeitslos gemeldet, davon waren 34 verheirathet. Gemeldet wurden 18 Stellen, wovon 12 besetzt wurden. Sodann lag ein Antrag des Vorstandes vor, welcher die Streichung der Worte „nach Eintritt in Arbeit“ in § 4 Abs. 4 unseres Statuts verlangt, mit der Begründung, daß es gerechter sei, wenn Mitglieder, welche eventuell wieder nach Leipzig zurückkehren, in ihre alten Rechte wieder eintreten könnten, ob dieselben nun in Arbeit ständen oder nicht. Dieser Antrag wurde nach lebhafter Debatte gegen sechs Stimmen angenommen. Ferner wird bekanntgegeben, daß der Kassirer des Vereins die Kassengeschäfte des Verbandes übernimmt und der zweite Vorsitzende seines Amtes enthoben sein will. Es wurden an diese Stellen die Kollegen Hefche und Esche, als Beisitzer die Kollegen Pefß, Fröste und Seyfert gewählt. Unter Gewerkschaftlichem wurde auf die Bewegung in Budapest aufmerksam gemacht, auch war von dort ein Brief eingegangen, in welchem

Die Hand, die schlaff an dem verwaschen-blauen Rock herunterhing, rührte sich nicht. Ein Zucken ging um den blassen Mund. Dann wieder der finstere Blick unter den zusammengewachsenen Brauen.

„Nee“, sagte Christine Müller rau und trotzig, „it jehe nich von Berlin. Ein ordentliches Mädchen — haha! Det sagte Tante ooch, bei der ich uf Unterröcke nähen lernte, un dabei hatte se selber Genen, mit dem se jing. Die — haha! Un Alle, Alle!“ Ein wilder Strahl des Hasses bligte in ihren Augen auf, die sie jetzt dreift auf die Damen richtete. „Se taugen alle nischt, die in Seide erst recht nischt! It will nischt von ihnen! Laßt mir man nur erst wieder 'raus — weiter will it nischt!“

„Christine, Christine!“ Der Geistliche wurde roth und blaß und hob mahnend die Hände. „Bedenke doch, diese gütigen, liebevollen Damen! Mein Kind, bedenke doch: den Bußfertigen giebt Gott Gnade!“

Die Kubizke trommelte stärker. Schnörrel war in tödtlicher Verlegenheit. „O meine Damen, vergehen Sie! Sie müssen entschuldigen — wir — ich — verehrteste Frau Rath, verehrtes Fräulein, üben Sie Nachsicht! Sie ist verbittert.“

„Verstodt, gänzlich verstodt!“ sagte Fräulein West.

„Ach nein, werthgeschätztes Fräulein, sagen wir nur: verbittert. Oh, daß das verirrte Lamm doch die göttliche Gnade fände, die da spricht: „Ich bin der rechte Hirte!“

Ein zitternder Athemzug kam von der Thür her, das Mädchen holte Luft, als sollte ihm die Brust springen. Es klang fast wie ein Stöhnen.

Die Kubizke lehnte sich um. „Se kann nich so lange stehn uf die geschwollenen Beene!“

„Das arme Geschöpf!“ Die Thränen, die der Frau Rätthin vorhin in die Augen getreten, rollten ihr nun über die weichen Wangen. „Sold! ein Jammer! Ich bin ganz erschittert; ich denke an meine Töchter — wie hütet man die! Was mag dies arme Wesen wohl für eine Kindheit gehabt haben?“

„Dresche un Dresche un wieder Dresche.“ Christine Müller sagte das mit ihrer rauhen Stimme so vor sich hin, als ob sie zu sich selber spräche. „Mutter trug Zeitungen aus; se is an de Schwindsucht jesteroben, als it noch man kleen war. Wir waren unser achte. Denn nahm Vater so Gene in't Haus — so Gene — na! Er teilte ihr und sie teilte ihm; da machte man sich dünne, so bald man kann. Wo er nu jeblieden is, weck it nich.“ Ihr schlaffer Mund verzog sich zu einem schadenfrohen Lächeln: „Wahrscheinlich in Blößensee, da jehört er ooch hin. Un ich —“

„Sie machte eine Pause, als ob sie nachdächte. Niemand unterbrach sie; sie horchten Alle, ohne sich zu rühren, der furchtbaren Eintönigkeit dieser Stimme.“

„Bei 's Unterröckenähen wird man nich fett, kaum trocken Brot, un det nich jenug. Denn näht it uf Herrenschlipse in Afford — det is zum Verhungern. Denn sticte it for 'n Feschäft — da jingen meine Dogen in de Wicken. Denn lernt it uf Waststeppereien an de Maschine — da kriegt it Blutspucken. Un denn jing it uf de Strafe.“

Sie sagte es ohne jede Erregung, nicht einmal, daß sie die Stimme erhob. Aber den Kopf hob sie, ihr starver, düstere Blick suchte das Weite, ihre Nasenspitzen blähten sich witternd.

„Uf de Strafe hat man doch wenigstens Luft; die kost' nischt. Un et is ja ooch allens ejal — sie machte eine Handbewegung von sich zu den Andern — „an' Ende kommt allens uf selbe 'raus.“ Sterben is unser Aller Loos“, sagt der Herr Prediger.

„Aber wie wir sterben! O mein Gott!“ Die Rätthin rang die Hände. „Können wir Ihnen denn nicht helfen? Wir wollen Ihnen ja so gern helfen!“

„Lassen Se man!“ „Man muß die Leute wider ihren Willen beglücken“, rief Fräulein West energisch; ihre Kneifergläser funkelten. „Christine Müller, geben Sie mir Ihre Hand.“

Das Mädchen regte sich nicht. „Gieb die Hand, mein Kind“, mahnte sanft der Geistliche.

„So jieb doch“, ermunterte die Aufseherin. „Jieb schon!“

Keine Bewegung. „Na, wird's bald? Du — Müller! Ich rathe Dich! Na, dali!“

Langsam erhob sie die magere Hand aus den harten Falten des Leinewocks.

Für einen Augenblick hielt Fräulein West die kalten, feuchten Finger des Mädchens in den ihren. „So, Christine Müller! Wenn Sie also in acht Tagen herauskommen, melden Sie sich gleich bei mir, der Herr Prediger wird Ihnen meine Adresse geben. Ein guter Bekannter von mir besitzt eine Luxuspapierfabrik, ich werde mich bei ihm für Sie verwenden; er kann Sie gewiß beim Falzen oder beim Gummieren anstellen. Der Lohn wird zwar anfänglich nicht hoch sein — wenn ich nicht irre, sechs Mark fünfzig Pfennig die Woche — aber es ist ja auch keine anstrengende Arbeit! Und viel Bedürfnisse haben Sie ja auch nicht!“

an die Solidarität der deutschen Kollegenschaft appelliert wird.

**Berlin.** In der Mitgliederversammlung gab Kollege Brückner zunächst das Ableben des Kollegen Klöfel bekannt. In üblicher Weise ehrte die Versammlung dessen Andenken. Darauf wurden die in Budapest ausgebrochenen Differenzen erläutert mit dem Hinweis, die Kollegen zu unterstützen und Arbeit nach dort nicht anzunehmen. Alsdann referierte Brückner über den Stuttgarter Kongress. Er besprach die einzelnen auf dem Kongress verhandelten Berathungsgegenstände, dieselben in eingehender Weise erläuternd. Seine Ausführungen wurden mit Interesse und Beifall aufgenommen.

In der Diskussion bemerkt Jost, daß die Verhandlungen des Gewerkschaftskongresses ein anderes Bild wie vor 10 Jahren gezeigt haben. Die Zersplitterung habe aufgehört und die Einigkeit etwas geschaffen. Die Nothwendigkeit des Reichsarbeitssekretariats illustriert er an einem Unfall. Der davon Betroffene hat seit 1897 nach langwierigen und zeitraubenden Umständen erst jetzt vom Reichsversicherungsamt seine Rente zugesprochen erhalten. Die Gewerkschaften sollten mit aller Macht für den weiteren Ausbau der Arbeitslosenversicherung eintreten.

Scharf ins Gericht mit der Frau Tieg gingen fast sämtliche Redner, Krause, Bergmann, Thielemann und Andere. Sie hätte die Sache theoretisch behandelt, doch mangle ihr der Einblick ins Praktische. Nur aus Unkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse hätte sie ihre Aeußerungen thun können und bei einer auch nur einmaligen Beschäftigung mit dem Tarif hätte sie sich ein anderes Urtheil bilden müssen.

Schmiz: Ueber die Frankfurter Einigungskonferenz hätte man sich nicht ausprechen können auch nicht über den zum Kongress gesandten Delegierten; er stellt die Frage, ob es wahr sei, daß derselbe neben seinem Gehalt auch noch Diäten erhalten habe.

Die Frage beantwortet Brückner mit Ja. Jahn bedauert, daß auf den Gewerkschaftskongressen wie auf den Parteitagen immer dieselben Mitglieder hingeschickt werden. — Die große Masse würde nicht genügend aufgeklärt, er wünscht, in öffentlicher Versammlung die Position „Ledergölle“ behandelt zu sehen.

Frau Kzemin: Die Angriffe der Frau Tieg wären unberechtigt. Unsere Hauptaufgabe sei die Werkstübenerorganisation. Für Frauenversammlungen hätte sie vielfach eine Referentin nicht bekommen können.

Auch die Stadträtin nahm die kalten Finger in die ihren. „Und kommen Sie auch zu mir, mein Kind! Von der Garderobe meiner Töchter fällt so Manches ab. Auch werde ich mit den übrigen Damen des Vereins sprechen, dann können Sie gewiß Sonntags reihum in den Küchen essen. Und wenn Sie irgend etwas auf dem Herzen haben, kommen Sie nur getroßt, Sie können es ungenirt vorbringen, wir haben jederzeit Interesse und Verständnis dafür!“

„Christine Müller, welches Glück für Sie, dann wieder ein ordentliches Mädchen zu sein! Welches Glück!“

„Ja, wach' ein Glück“, sprach gerührt der Geistliche. „Dank, innigen Dank, meine werthen Damen, für Ihre große Güte! Bedanke Dich, mein Kind!“

„Bedank' Dir, bedank' Dir“, raunte Frau Kubizke. „Sei nicht so stütsch! 'Nanu? Willste wohl gleich „Danke“ sagen?“

„Danke“, sagte Christine Müller.

Als Frau Kubizke den Damen nachsah, wie sie, von Pastor Schnürvler geleitet, mit gehenden Gewändern über den Hof schritten, dem Eisenpfortchen in der hohen Mauer zu, lachte sie ungenirt ganz laut.

„Wat die flooben! De Müller wird zu ihnen kommen —?! Hahaha! Wenn se 'rauskommt, einfach laufen lassen. Da is doch kein Halten. Was se nu och verzigt haben, ob se man bloß jekosteln haben, oder ob se uf de Straße 'rungehudert sind — alles eene Wische! De Kasse läßt det Maufen nich. St'kenne doch meine Mädchen!“

Tilgner: In der Behandlung ihrer Beamten sollten die Gewerkschaften als Arbeitgeber mit gutem Beispiel vorangehen.

Sommer: Die auf den Kongressen gefaßten Resolutionen führten zu nichts und zeitigten keine Resultate.

Im Schlußwort bemerkt Brückner, daß den Kongressen immer ein ungeheures Material vorliege. Die ursprüngliche Tagesordnung sei noch um drei wichtige Punkte bereichert worden. Es sei unmöglich, alles zur Erledigung zu bringen. Trotz der theils, abfälligen Kritik sei die Meinung weit verbreitet, daß für das Gedeihen der Gewerkschaften etwas Positives geschaffen worden sei. Vor dem Kongress sei er nach Steglitz und Charlottenburg auf Einladung von dort her gegangen.

Sodann theilt Neßlag mit, daß er sein Amt als zweiter Vorsitzender niedergelegt habe. Nach längerer Arbeitslosigkeit habe er erfahren, daß ein Kollege erkrankt sei. Er habe sich um dessen Stelle beworben. Der Geschäftsinhaber habe ihn stundenweise eingestellt. Er habe gegen den § 2 des Statuts verstoßen. Die Ortsverwaltung habe gegen ihn das strengste Urtheil ausgesprochen: Entfernung aus dem Arbeitsnachweis auf ein Jahr. Sie habe seine Nothlage nicht in Betracht gezogen; er war darauf angewiesen, zu arbeiten.

Brückner hätte nicht erwartet, daß Neßlag die Sache hier vorbringt, sie falle nicht zu seinem Gunsten aus. Nach Mittheilung einer Kollegin mußten wir eine Untersuchung anstellen und nach den hierbei zu Tage getretenen starken Belastungen wurde es Neßlag nahe gelegt, sich seines Postens zu begeben, da auch wiederholt seine Befundungen mit der Wahrheit im Widerspruch gestanden hatten. Thielemann, Sommer und Röber sprechen sich in gleichem Sinne aus.

Bytomski meint, da es sehr schwer sei, neue Mitglieder zu gewinnen, so wäre es bedauerlich, daß die Gelder so fortgeworfen würden. Unter Berufung auf § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuchs sei es ermöglicht worden, daß Bergmann seine Vertretung nicht selbst bejahle. Brückner habe neben seinem Gehalt auch noch die Diäten des Kongresses angenommen. Hierdurch fände eine Bereicherung der erwähnten Kollegen statt. Es wäre eine Ausbeutung der Krankenkasse (B. ist Angestellter der Berliner Ortskrankenkasse) und des Verbandes. Es solle Niemand Sonderentschädigungen erhalten.

Bergmann: Die liegenbleibende Arbeit müsse er nachholen in seiner freien Zeit. Er verlange dafür nicht die jeden Andern nach dem Tarif zukommende höhere Entlohnung. Auch die Sitzungen und Versammlungen wären mit Geldausgaben verknüpft. Alle Organisationen bezahlen ihre Vertreter zu den Kongressen. Es wäre kleinlich von uns, würden wir anders handeln.

Jost: Den ihm von der Krankenkasse bewilligten Urlaub habe Brückner zu der Agitationstour benutzt.

Schulze: Da Bytomski selbst kandidirt habe, habe er nicht ein Recht so zu sprechen und vermuthlich hätte er die Diäten nicht zurückgewiesen. Der Vornur sei unberechtigt, da es doch Niemand etwas angehe, was Brückner in seiner freien Zeit thue. Unerhört sei, daß die Mitglieder der Krankenkasse scharf gemacht werden sollen.

Scholz: Auf dem Berliner Verbandstag habe Bytomski auch seine Diäten schmunzelnd eingestrichen, und wer stets die höchsten Liquidationen eingereicht habe, habe keine Ursache, sich über Andere aufzuhalten.

Jahn: Bytomski war Gegenkandidat in Berlin und es erweckt den Anschein, als ob er sich für seine Niederlage rächen wolle. Er schildert die Agitationstouren der 70er und 80er Jahre und deren Schwierigkeiten.

Bytomsky glaubt, ein Recht zu haben, Kritik zu üben.

Hierzu sprechen noch Thielemann, Schmiz, Sommer und Schulze.

Brückner sülzt aus, daß er sein Gehalt bezügle. Seine Arbeit ruhe in der Zeit, die müsse er späterhin nach Feierabend machen. Auf Sommers Vornur der Herabsetzung des Verbandslebens bemerke er, daß er gegen die wiewöchentlichen Mitglieder-versammlungen war. Seine Anträge und Vorschläge sind nicht berücksichtigt worden. Die wegen Annahme von Diäten gemachten Bemerkungen erwidert er dahin, daß er sich nicht an fremdem

Gelde vergreife. Fast scheine es, daß man es nicht ungern sähe, wenn das vor einiger Zeit stattgehabte, die Mitglieder in gereizter Spannung haltende Ereigniß sich wiederhole, um einmal mit Erfolg den Sabel anzusetzen, ihn von seinem Posten zu stürzen.

Es folgten einige persönliche Bemerkungen. Der von Scholz gestellte Antrag, den in Budapest in Differenzen mit den Unternehmern gerathenen Buchbindern und Lederarbeitern 50 Mk. zu bewilligen, wird angenommen.

**Berlin.** Montag den 14. Juli fand die Branchenversammlung der Etuisarbeiter statt. Friederici referirte über das Thema: Rückblick auf den Stuttgarter Gewerkschaftskongress. Redner führt aus: Daß die Gewerkschaften weitere Fortschritte gemacht haben, hierfür legen die Verhandlungen des Stuttgarter Kongresses bereites Zeugniß ab, und daß die Verhandlungen für wichtig genug gehalten wurden, ersehen wir daraus, daß die Einladungen an die Reichs- und Landesregierung und Stadt Stuttgart nicht unbeachtet gelassen worden sind. Es ist ferner bemerkenswerth, daß zum ersten Male Engländer neben anderen zahlreichen Ausländern vertreten waren. Nicht nur der englische, sondern auch alle andern Vertreter erklärten, daß die gewerkschaftliche Bewegung mit der politischen Hand in Hand gehen müsse. Redner bespricht sodann die einzelnen Behandlungsgegenstände des Kongresses. Eine Diskussion wurde nicht beliebt.

Kollege Luft wünscht, daß Brückner einen Bericht giebt über die Agitationsreise unter den Etuisarbeitern in Pforzheim, Ruhla und Eisenberg. Brückner schildert nun in längeren Ausführungen den Verlauf der Versammlungen und bedauert die negativen Resultate derselben. Es liegt folgende Resolution vor: Die am 14. Juli tagende Branchenversammlung der Etuisarbeiter bewaert nach Anhören der Ergebnisse der zwecks Agitation unter den Etuisarbeitern in Pforzheim, Eisenberg und Ruhla i. Th. einberufenen Versammlungen die so überaus negativen Resultate derselben. Die Etuisarbeiter Berlins sind der Meinung, daß nur durch die Zusammengehörigkeit der Etuisarbeiter in dem Deutschen Buchbinderverband eine Verbesserung der überaus schlechten Lohn- und Arbeitsverhältnisse erreicht werden kann.

Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Ferner wurde folgender von Luft gestellter Antrag gegen wenige Stimmen angenommen: Die am 14. Juli stattfindende Branchenversammlung der Etuisarbeiter wünscht, daß die Ortsverwaltung im laufenden Quartal sich näher mit der Frage über das Staffelsystem beschäftige, eventuell eine außerordentliche Generalversammlung einberufe, in welcher jedem Mitglied Gelegenheit geboten wird, sich über diese Angelegenheit auszusprechen.

Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten macht der Vorsitzende auf die am 30. Juli stattfindende Generalversammlung aufmerksam.

**Essen a. d. Ruhr.** Unsere am 16. Juli stattgefundene starbefeuchte vierteljährliche Generalversammlung nahm zunächst den Geschäftsbericht des Vorsitzenden D. F. Carisch entgegen, aus dem hervorgeht, daß im verfloffenen Quartal drei Mitglieder und eine Generalversammlung stattfanden, die sich durchweg eines guten Besuchs erfreuten. „Versammlungsschwänzer“ giebt's ja in jeder Zahlstelle, so auch bei uns, jedoch sind es nur drei Mitglieder, die fehlen aber auch mit erstaunlicher Pünktlichkeit. Die Versammlungen erledigten viel interessante und anregende Tagesordnungen, so unter Anderem die Vorarbeiten für eine größere Agitation, zu der einer unserer Delegirten vom Gewerkschaftskongress mit herangezogen werden sollte. In Folge der ablehnenden Haltung mehrerer Zahlstellen unseres Gaus mußte die sehr nothwendige Agitation in dessen unterbleiben. Den besten Beweis von der Lebensfähigkeit unserer Zahlstelle liefert wohl ein Blick auf die Mitgliederbewegung, wonach es gelungen ist, trotz Abreise von 7 Kollegen den Mitgliederbestand des vorigen Quartals, nämlich 30, aufrecht zu erhalten. Die Kollegialität wurde durch regelmäßige Zusammenkünfte an jedem Samstag Abend im Vereinslokal, sowie durch gemeinschaftliche Spaziergänge Sonntagsmittags und einen größeren Ausflug in Gemeinschaft mit auswärtigen Kollegen gepflegt.

Dem Kassenbericht des Kollegen Laesch entnehmen wir, daß die Verbandskasse eine Einnahme

von 106,10 Mk. erzielte, für Arbeitslosenunterstützung wurden 34,50 Mk. verausgabt, so daß nach Abzug von 20 Prozent für die Lokalkasse noch 50,88 Mk. an die Hauptkasse abgehandelt wurden. Die Lokalkasse verfügt nach Abzug der Kartellbeiträge über einen Baarbestand von 25 Mk. und einen Inventarverwert von 60 Mk., zusammen 85 Mk. Ueber die beabsichtigte Gründung eines Arbeitersekretariats berichtet Droste. Die größte der angeschlossenen Gewerkschaften, die Bergarbeiter, die hier eine Zahlstelle von ca. 3000 Mitgliedern haben, verhalte sich ablehnend, Hue, Redakteur von der „Bergarbeiterzeitung“, erklärte, daß der Verbandsvorstand beschloffen habe, für ein Essener Sekretariat nichts zu bewilligen, die Auskunfts-fuchenden sollten sich an die Bureauz in Bochum oder Oberhausen wenden, die Bergarbeiter zahlten ihren Kartellbeitrag fernerhin nur unter der Bedingung, daß hiervon nichts für das Sekretariat verwendet werde.

Es kam im Laufe dieser Verhandlungen im Kartell, die sich bis 1 Uhr Nachts ausdehnten, zu erregten Auseinandersetzungen zwischen den Delegierten Ostkamp und Hue, so daß schließlich ein Redner zum Frieden mahnen mußte, während ein anderer Bergarbeiterdelegierter meinte, es läge so aus, als ob man in Essen ein zweites Leipzig schaffen wollte, indem man hier die Vergleute aus dem Kartell hinausdränge. (Die Buchdrucker sind hier selbst bereits seit 1898 davon ausgeschlossen.) Inzwischen hat sich über diese Angelegenheit, sowie über die scharfen Auseinandersetzungen im Kartell, die zum größten Theile durch ein Mißverständnis Ostkamps seitens Hue entstanden sind, ein Zeitungskonflikt entsponnen, dessen Letztire nicht sehr erbaulich ist und der überhaupt wenig zur Förderung der Organisationen beitragen dürfte. Die zweitgrößte Organisation am Orte, die Metallarbeiter, haben sich im Prinzip für das Sekretariat ausgesprochen, sind aber momentan, durch Anstellung eines eigenen Beamten nicht in der Lage, Beiträge zu leisten, werden dies aber so bald wie eben möglich thun. Alle anderen Gewerkschaften sind obligatorisch beigetreten.

Nachdem die Versammlung hiervon Kenntniß genommen, verbreitete sich der Vorsitzende noch kurz über die Bedeutung der Arbeiterssekretariate und theilte gleichzeitig mit, daß es sich nicht um ein neues Institut, sondern nur um Erhaltung und Vergrößerung des jetzigen kleinen und unzureichenden Rechtsschutzbüreaus handle, Gelder seien hierzu vorhanden, da durch Auflösung des Vereins Gewerkschaftshaus circa 1000 Mk. flüssig geworden seien. Verlangt wird von den organisierten Arbeitern ein monatlicher Beitrag von 10 Pf., was zu leisten die Versammlung einstimmig beschloß. Sodann theilt der Vorsitzende mit, daß Anfang September, und zwar kurz nach dem am 7. September stattfindenden Stiftungsfest eine große öffentliche Versammlung stattfinden soll, doch müsse zum guten Gelingen derselben jedes einzelne Mitglied seine volle Pflicht und Schuldigkeit thun. Zur Erledigung der Vorarbeiten wird dem Vorstand eine Agitationskommission, bestehend aus Schulte, Hiltrop und Droste beigegeben.

Unser Stiftungsfest soll, da die Zahlstelle am 1. September ein Jahr besteht, Sonntag den 7. September stattfinden, es soll durch großes Konzert, Theater und Ball gefeiert werden; ein geeigneter Saal ist bereits gemiethet und außer einem gut geschulten Orchester und Chor sind namhafte Solisten gewonnen worden, nur müssen es sich die Mitglieder angelegen sein lassen, für gehörigen Umsatz der Karten zu sorgen, damit die hohen Kosten gedeckt und vielleicht zur Vervollständigung der Bibliothek noch etwas übrig bleibt. Nachdem noch beschloffen worden, die Arbeitslosenunterstützung beim Kassirer Laesch im „Allgemeinen Beobachter“, Rheinische-straße 8, auszuheben zu lassen, da die Geschäftsstelle des „Beckers“ zu sehr überbürdet ist, wurde die gut verkaufene Versammlung geschlossen. Nächste Versammlung Dienstag den 29. Juli mit wichtiger Tagesordnung, die Kollegen werden dringend ersucht, vollzählig und pünktlich zu erscheinen.

Im Anschluß sei uns noch gestattet, über die am Sonntag den 6. Juli unternommene „Kremsperpartie“ kurz zu berichten. Nachdem die Gelsenkirchener Kollegen mit ihrem Wagen sich eingefunden und auch die Mühlheimer erschienen waren, ging es

bei herrlichstem Wetter und fröhlichster Stimmung in drei großen Wagen dem schönen Ruhrthal zu, zunächst nach der alten Abteistadt Werden. Nun ging die Fahrt durch herrliche Wälder dem Ziele Höfel entgegen, wo sich bald ein munteres Treiben entwickelte und auch die tanzlustigen Damen und Herren dank der eifrigen Thätigkeit unseres Kollegen und Klavierpielers Klütting zu ihrem Rechte kamen. Der Vorsitzende Carsch feierte in martigen Worten die Arbeiterbewegung und die Bedeutung des Tages, galt es doch, gleichzeitig das zweite Stiftungsfest der Zahlstelle Gelsenkirchen zu feiern. Nun wechselten Tanz, fröhliche Lieder und ernste Reden in bunter Reihenfolge. Es sprachen noch sehr schön Namens der Gelsenkirchener Schwerdtner, der Mühlheimer Rudnikzi, der Damen Frä. Brachetti, während Herr Max Carsch Namens der fremden Gäste dankte.

Erst in später Stunde wurde die Rückfahrt angetreten, zu spät für Manchen, um noch die Eisenbahn zu erreichen; aber wenn auch verschiedene Teilnehmer, besonders die Mühlheimer noch ziemlich weit zu Fuß wandern mußten, so hat sich auch bei diesen der hierüber empfundene Groll inzwischen gelegt und Alle sind sich einig darin, einen schönen Ausflug, gewürzt durch echte Kollegialität, gemacht zu haben und Alle werden sich noch in späterer Zeit, bei Betrachtungen des auf der Partie aufgenommenen, sehr schön ausgefallenen Gruppenbildes, das durch den Vorsitzenden in Essen zu beziehen ist, gerne der schönen Stunden, die sie in Essen verlebt haben, erinnern.

**Magdeburg.** Am Sonnabend den 5. Juli fand unsere Mitgliederversammlung statt. Kollege Herzberg gab zum ersten Punkt der Tagesordnung eingehenden Bericht über die letzten Sitzungen des Kartells. Man beschäftigte sich hauptsächlich mit der bevorstehenden Errichtung eines Gewerkschaftsbüreaus. Zur Theilnahme hieran haben sich 24 Gewerkschaften mit ca. 4500 Mitgliedern verpflichtet. In einer vom Kartell angenommenen Resolution werden die demselben noch fernstehenden Gewerkschaften aufgefordert, beizutreten, um das Bureau zu einem Arbeitersekretariat ausbauen zu können.

Eine sehr lebhafte Debatte entspann sich über den zweiten Punkt: Einführung von Staffelleistungen. Einleitend hierzu führte der Vorsitzende aus: Der Ruf nach Staffelleistungen sei schon des Defteren erklungen, aber allem Anschein nach gewonnen die Befürworter desselben immer mehr Anhänger. Dieselben wollen durch die Einführung des Staffelleistungs eine größere Masse der niedriger entlohnerten Berufsangehörigen der Organisation zuführen. An der Hand der statistischen Erhebungen könne man ersehen, daß in vielen Gegenden noch traurige Löhne gezahlt werden, und schon deshalb könne man das Verlangen nach Staffelleistungen nur als berechtigt bezeichnen. Von den Gegnern der Staffelleistungen wird meist gesagt, wer nicht mit einem hohen Beitrag für die Organisation zu gewinnen ist, ist auch mit niedrigen Beiträgen nicht zu haben. Dies könne jedoch nicht auf Alle zutreffen, denn man müsse bedenken, daß für diese Kollegen erst alle anderen Bedürfnisse und Vergütungen kommen, ehe sie an ihre Organisation denken, deshalb könne ein niedriger Beitrag doch wohl seine Wirkung bei Vielen nicht verfehlen. Von den bisher erschienenen Vorschlägen erwähnt Redner den des Kollegen Kempte-München, welcher bis jetzt der einfachste sei. Aber auch mit der Annahme dieses Entwurfs würden sich bei der Regelung der Beitragszahlung sowie Festsetzung der Unterstützungen verschiedene Mängel und Anzuträglichkeiten herausstellen. In der Diskussion führt Kollege S. Meier aus: Die Befürworter der Staffelleistungen erhoffen damit eine größere Anzahl Mitglieder zu gewinnen und eine gerechtere Beitragszahlung, dem Lohne entsprechend, zu erzielen. Redner führte einige Gewerkschaften an, welche Staffelleistungen haben, und weist nach, daß den Gewerkschaften mit niedrigen Beiträgen sowohl wie mit Staffelleistungen es auch nicht gelungen ist, eine größere Masse der Berufsangehörigen zu gewinnen, als wie mit höheren Beiträgen, ja sie sind sogar, mit wenigen Ausnahmen, noch schlechter gestellt. Weiter ist auch ihr finanzieller Stand kein derartiger, wie es einer modernen Gewerkschaft gebührt, und gerade eine ungünstige Finanzlage zwinge eine Gewerkschaft, in defensiver Stellung

zu verharren. Dies sei ein Krebschaden für viele Organisationen. Redner geht auf den Artikel des Kollegen Liebenickel in Nr. 11 der „Buchbinderzeitung“ näher ein und ist der Meinung, daß man das ungünstige Verhältnis der organisierten Kartonnagearbeiter zu den in der Branche Beschäftigten nicht den hohen Beiträgen zuschreiben kann, denn vor einigen Jahren noch wären auch die Löhne der Buchbinder bedeutend niedriger, trotzdem seien dieselben besser organisiert. Also würde ein niedriger Beitrag bei den Kartonnagearbeitern auch keine besseren Resultate zeitigen. Aus allen diesen Gründen müsse man entschieden gegen die Einführung von Staffelleistungen Front machen, denn diese würden unsere Gewerkschaft nicht vorwärts bringen, sondern die gesunde Entwicklung nur hemmen. — In der weiteren Debatte betheiligten sich noch die Kollegen Schubert, Reingruber und Herzberg, welche sich sämtlich gegen Einführung von Staffelleistungen erklärten und die Ausführungen des Kollegen S. Meier noch ergänzten. Zum Schluß wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die am 5. Juli stattgefundene Mitgliederversammlung kann sich aus taktischen Gründen für eine Klassifikation der Beiträge nicht erwärmen. Sie ersehe in der Klassifikation kein Mittel, die uns fernstehenden schlechter entlohnerten Berufsangehörigen für unsere Organisation gewinnen zu können. Die letzten Jahre haben gezeigt, daß wir mehr als je an Breite und Tiefe gewonnen haben, was sich auch zukünftig noch weiter ausdehnen wird.“

Nach Erledigung einiger lokaler Angelegenheiten erfolgte Schluß der leider nur mäßig besuchten Versammlung.

**Gera.** Am Sonnabend den 19. Juli, hielt die hiesige Zahlstelle ihre diesjährige Generalversammlung ab; nachdem Kollege Buse sein lebhaftes Bedauern über den überaus schwachen Besuch ausgesprochen hatte, gab er den Geschäftsbericht. Daraus war zu erfahren, daß im Laufe des zweiten Quartals vier Mitglieder, eine General- und eine öffentliche Versammlung abgehalten wurden; der Besuch derselben war mittelmäßig. Die Fragen, die das Verbandsleben interessirten, waren die betreffend der Portefeuille und des Gewerkschaftskongresses; beide fanden nach eingehenden Erörterungen ihre Erledigung. Die Mitgliederbewegung war ziemlich stark und zählte der Bestand am Schluß des Quartals 32. Den Kassenbericht gab Ott; es ist daraus zu ersehen, daß der Lokalkasse bei einer Einnahme von 203,70 Mk. eine Ausgabe von 70,87 Mk. gegenübersteht, so daß der Lokalkassenbestand 132,83 Mk. beträgt. Der Einnahme der Verbandskasse, die 218,43 Mk. beträgt, steht eine Ausgabe von 193,29 Mk. gegenüber, so daß das Guthaben der Verbandskasse am Quartalschluß sich auf 25,14 Mk. beläuft.

Aus der Wahl des Bevollmächtigten ging Mattei als gewählt hervor. Derselbe erstattet auch den Bericht über die letzte Kartellsitzung, Guyser gab den Bibliotheksbericht, entliehen wurden 25 Bücher.

Nachdem der Vorsitzende ein Schreiben vom Gauvorstand verlesen hatte, in welchem derselbe auf Sonntag den 24. August nach Jena einen Gaudtag einzuberufen will, zu dem eventuell zu stellende Anträge bis spätestens am 15. August eingereicht sein müssen, wurde beschloffen, dieselben der nächsten Versammlung vorzulegen, daselbst sollen auch die Delegierten gewählt werden.

Nachdem noch einige Lokalangelegenheiten erledigt waren, schloß der Vorsitzende die von 17 Mitgliedern besuchte Generalversammlung.

Es sei gleich hier auf die am Sonnabend den 2. August stattfindende Versammlung aufmerksam gemacht, in welcher sehr wichtige Verbandsangelegenheiten erledigt werden müssen, mögen die Mitglieder ihr Interesse durch vollzähliges Erscheinen bezeugen.

**Saunburg.** In der am 12. Juli stattgefundenen Mitgliederversammlung erstattete Kollege Grimm den Bericht vom Gewerkschaftskongreß. Näheres daraus hier anzuführen, erübrigt sich wohl, da ein Protokoll vom Kongreß herausgegeben ist. — Der Vorsitzende Küster bringt dann eine Angelegenheit, betreffend Verlegung unserer Herberge, zur Sprache. Grund dazu giebt das Verhalten des Inhabers der bisherigen Herberge „Zum rothen Kreuz“, Schoppenstehl 22. Dieser stellte den Bauunternehmern, welche zur Zeit die hiesigen Bauarbeiter ausgesperrt haben,

seine Räume zur Verfügung, um die von auswärts herbeigezogenen Arbeitswilligen unterzubringen, und verbanderte in sehr schroffer Weise die hiesigen Ausgesperrten, mit den bei ihm Einquartierten in Verbindung zu treten. Es macht sich daher notwendig, unsere Herberge zu verlegen, und beauftragt der Vorsitzende, als solche das Logierhaus von Georg Franke, Kaffeemacherreihe, zu wählen. Diesem Antrag wird zugestimmt. Weiter macht Küster bekannt, daß unsere Generalversammlung am 26. Juli stattfindet und daß der bekannte Marmorlehrer Hauptmann beabsichtigt, in nächster Zeit hier einen Kursus abzuhalten. Nach Erledigung etlicher interner Angelegenheiten erfolgte Schluß der Versammlung.

**Konstanz.** Unsere Zahlstelle konnte am 13. Juli das 11. Stiftungsfest feiern. Aus diesem Anlaß entschlossen sich die Kollegen diesmal für einen Ausflug. Wie es sich gezeigt hat, war dies auch weit angebrachter, als die Abhaltung einer größeren Festlichkeit. Haben wir doch bei früheren Gelegenheiten die Erfahrung gemacht, daß die Mühe und Aufopferung, welche die Kollegen zur Abhaltung einer solchen Festlichkeit anwandten, in keinem Verhältnis zu dem erzielten praktischen Nutzen standen. Dagegen ließ der unter zahlreicher Beteiligung gemachte Ausflug deutlich erkennen, wie wenigstens in idealer Hinsicht der Pflege der Kollegialität dadurch gedient wurde.

Der Ausflug galt dem durch die Familie Napoleon III. bekannt gewordenen Schloß Arenenberg. Die Besichtigung des Schlosses, die prachtvolle Aussicht vornehmlich auf den Untersee und die Hegauer Berge und vor Allem der gute Humor der Kollegen trug dazu bei, den Ausflug recht angenehm zu gestalten. Nur zu schnell schwanden die Stunden dahin, und als des Abends das Dampfboot die Kollegen wieder nach Konstanz zurückführte, war gewiß ein Jeder von dieser Partie vollauf befriedigt. Hoffen wir, daß das gute Einvernehmen, welches unter den hiesigen Kollegen in letzter Zeit herrscht, stets so bleiben möge; das wird gewiß nicht wenig dazu beitragen, das Erstarken der Zahlstelle zu fördern.

**Erlangen.** Am 12. Juli fand unsere Generalversammlung statt. Der Vorsitzende tadelt zunächst aufs Schärfste den, wenn auch nicht gerade schlechten, so doch immerhin schwachen Besuch der vorigen Versammlung, in welcher Kollege Brückner-Berlin in vorzüglichem 1/4-stündigen Vortrag über das Thema „Arbeiterbewegung einst und jetzt“ sprach, sowie einen 2/4-stündigen Bericht vom Gewerkschaftskongreß gab, wofür er reichen Beifall geerntet hatte.

Aus dem nunmehr folgenden Geschäftsbericht ist Folgendes hervorzuheben. Es fanden statt eine Generalversammlung und vier Mitgliederversammlungen, sowie fünf Verwaltungssitzungen. Vorträge fanden zwei statt. Der Mitgliederbestand betrug am Schlusse des ersten Quartals 104, 84 männliche und 20 weibliche, am Schlusse des zweiten Quartals 100, 83 männliche und 17 weibliche. Der Versammlungsbuchbesuch ließ etwas zu wünschen übrig, was jedoch in den Sommermonaten durchweg der Fall ist. Am meisten zu tadeln ist die verhältnismäßig hohe Zahl der restierenden Beiträge, und werden die Mitglieder dringend ersucht, doch ihren finanziellen Verpflichtungen gewissenhafter nachzukommen.

An die Verbandskasse konnten 200 Mk. eingekauft werden, die Lokalkasse hat in Folge des Goutags, eines erhöhten Kartellbeitrags und anderer großer Ausgaben nur einen geringen Bestand, so daß dem jetzt 100 Mk. betragenden Lokalfonds keine Verstärkung zugeführt werden konnte, wofür jedoch Aussicht vorhanden, ihn in diesem Quartal wiederum erhöhen zu können. Dem Kassier wird für seine vorzügliche Kassenführung von den Versammelten der Dank ausgesprochen.

Betreffs des Stiftungsfestes wird beschlossen, dasselbe am 25. Oktober im Prateraal abzuhalten und das Einführungsrecht zu beschränken. Der gemeinschaftliche Ausflug der Zahlstellen Fürth, Nürnberg und Erlangen findet voraussichtlich am 17. August, wie alljährlich, nach Großgründlach, diesmal mit Musik, statt. Kollege Staats legt seinen Posten als erster Schriftführer nieder und wird an dessen Stelle Aufhammer gewählt, für Letzteren Nowak als zweiter Revisor und stellvertretender Schriftführer.

Nach Erledigung einiger weiteren lokalen Angelegenheiten ermahnt der Bevollmächtigte die Anwesenden doch für besseren Versammlungsbuchbesuch Sorge tragen zu wollen, alle persönlichen Streitigkeiten aus dem Verbandsleben fernzuhalten und doch stets dessen eingedenk zu sein, daß wir kein Vergnügungsverein, sondern eine Kampforganisation sind, für die es keinen Stillstand, sondern nur ein kräftiges zielbewußtes „Vorwärts“ giebt.

**Fürth in Bayern.** In unserer am 12. Juli bei Zick stattgefundenen Generalversammlung erläuterte Gauvorsitzender Reckling in 3/4-stündigem Vortrag eingehend die Rechte und Pflichten, welche jedes Mitglied dem Verband gegenüber hat. Dieser Vortrag hat manchem Kollegen und mancher Kollegin einen interessanten Einblick in unser Verbandsleben gebracht. Mit voller Berechtigung geißelte Referent zum Schluß noch das freiwillige Ueberfundenwesen, die Nichtbeachtung des Minimallohns, das Heimarbeiten und das Nebenbearbeiten einer großen Anzahl hiesiger Kollegen. Möge dieser Vortrag noch recht lange allen Anwesenden in Erinnerung stehen, dann werden auch die öfters vorkommenden Fehler und groben Irrthümer vermieden werden. Eine Diszussion hierzu wurde nicht beliebt und gab die Versammlung hierdurch ihr Einverständnis mit dem Vortrag kund. Den Geschäftsbericht gab Dürr. Diesem ist zu entnehmen, daß wir in diesem Quartal wieder eine kleine Abnahme unserer Mitgliederzahl zu verzeichnen haben. Er giebt sich der Hoffnung hin, daß jetzt die anlässlich der Herbstagitation gewonnenen Mitläufer wieder ausgetreten seien und man den Mitgliederbestand jetzt wohl als stabil betrachten könne. Derartige Vorkommnisse seien bei jeder Agitation zu verzeichnen und müssen mit in den Kauf genommen werden. In kurzen Worten wurde der Goutag, der Maiseier, der Wahlen zum Gewerkschaftskongreß, der Urabstimmung und der Anträge an das Gewerkschaftskartell gedacht. An der Hand einer Statistik führt Redner die Zahlstellenverhältnisse vor Augen. Diefelbe enthält tabellarisch die Ein- und Austritte, restierende Beiträge, Ziffer der Krankheit und Arbeitslosigkeit, sowie der Arbeitslosenunterstützung. Außerdem bedauert Dürr, einen Fall erwähnen zu müssen. Der frühere Eintassirer Mulzer habe als solcher 12,65 Mk. Verbandsgebühren veruntreut. Wenn es auch durch Mäßigkeit der Verwaltung gelang, den Verband schadlos zu halten, so müsse er das raffinierte Verhalten Mulzers in dieser Angelegenheit tief bedauern. Er überlasse es der Versammlung, ihr Urtheil hiezu abzugeben. Dem Kassenbericht des Kassiers Schuhmann ist zu entnehmen: Die Einnahmen für die Hauptkasse betragen 359,36 Mk., die Ausgaben 99,14 Mk. Eingekauft 199,71 Mk. Am Orte behalten 60,51 Mk. Für die Lokalkasse Einnahmen 107,22 Mk., Ausgaben 79,31 Mk., Kassenbestand am Schlusse des zweiten Quartals 27,91 Mk. Der Mitgliederbestand ist 36 männliche 31 weibliche. Zum Geschäftsbericht erwähnte Zahn noch das Verhalten der organisierten Steindruckers der Firma Bing. Seit 1 1/2 Jahren sei er bei betreffender Firma thätig. Von den Steindruckern werde eine Geschäftskasse gehalten, der wöchentliche Beitrag betrage 5 Pf. Es sei dies zur Vermeidung von Zirkuliren der Sammellisten und zur Unterstützung durchreisender Kollegen gedacht. Von den Steindruckern seien auch die Buchbinder hierzu herangezogen worden. Früher waren es 4 Buchbinder daselbst, welche den Beitrag leisteten, doch sei fast nie ein Kollege von uns gekommen, die Unterstützung zu beanfordern. Im letzten Quartal habe man dies erst bekannt gegeben. Durch verschiedene Mißstände haben die organisierten Kollegen der Firma den Rücken gefehert resp. kehren müssen. Zur Zeit sei nur ein solcher bei Bing thätig. Im letzten Quartal habe nun eine größere Anzahl unserer Kollegen bei Bing die Unterstützung erhoben. Zahn habe man nun nicht mehr gestattet, fernerhin seinen Beitrag zur Geschäftskasse zu zahlen, um sich der Verpflichtungen gegenüber den Buchbindern zu entziehen. Er verurtheilt dies als unsolidarisch, es entspreche dies keineswegs der Stellungnahme jener Steindruckers, die in der Tischendruckerverammlung so große Worte über Prinzipien, Ideale und Solidarität sprachen. Reckling erklärt, wie ein Märchen aus Taufend und eine Nacht käme ihm die Gründung des bald selig entschlafenden Graphischen Kartells vor. Er habe sich hier Theorie und Praxis

anders vorgestellt. Hertlein spricht ebenfalls sein Erstaunen darüber aus. Beschlüsse wurden hierzu nicht gefaßt, da dies ja eigentlich nicht Sache des Verbandes sei. Die Delegirten des Graphischen Kartells jedoch sollten dies zu den Akten legen. — Zahn erwähnt schließlich die Veruntreuung Mulzers. Wenn es auch der Verwaltung gelungen sei, den Verband schadlos zu halten, so könne Mulzer fernerhin nicht mehr als Verbandskollege betrachtet werden; er stelle deshalb den Antrag, Mulzer aus dem Verband auszuschließen resp. beim Verbandsvorstand den Antrag hierzu zu stellen. Zustimmung äußern sich noch Schuhmann, Reckling und Dürr. Hierauf wurde der Antrag Zahn mit 18 gegen eine Stimme angenommen. Beim Kartellbericht beschwert sich Reckling darüber, daß unser Antrag betreffend Frauenagitation noch gar nicht berücksichtigt worden sei; ja, eine Anfrage des Vorsitzenden betreffs der geplanten Agitationsreise der Genossin Zitz habe der Kartellvorsitzende nicht einmal beantwortet. Außerdem sei im Correspondenzblatt der Gewerkschaften von einer Frauenagitationskommission die Rede, ihm sei von dem Vorstandes ein solcher nichts bekannt. Die Delegirten werden beauftragt, im Kartell entsprechende Anfrage zu stellen. Unter Angelegenheiten der Zahlstelle wurde für ein ausgeschiedenes Verwaltungsmitglied Frl. Rixinger einstimmig gewählt. Mit Mehrheit wurde beschlossen, die Sammellisten für die anlässlich des Hegerischen Streikes dahier verurtheilten Glasarbeiter nicht mehr zirkuliren zu lassen, da nach Ansicht der Versammlung der Glasarbeiterverband für diesen Fall zu sorgen habe. Außerdem habe die erste Sammlung den Betrag von 20,80 Mk. ergeben, was in Anbetracht unserer kleinen Zahlstelle gewiß genügend sei. Nachdem noch eine Angelegenheit im Gauvorstand besprochen worden war, wurde die in allen Punkten interessante Versammlung geschlossen.

## Rundschau.

\* Die Arbeitsbedingungen der Dresdener Buchbinder sind bekanntlich keine besonders günstigen. Das wird, wenn auch jedenfalls ungewollt, selbst von der Dresdener Buchbinderinnung dokumentirt. In einer Zuschrift der Innung an die „Dresdener Neuesten Nachrichten“, in der über den gegenwärtigen Stand in der Buchbinderei und Kartonnagenfabrikation auf einen Artikel der „Dresdener Neuesten Nachrichten“ berichtigen Erklärungen gemacht werden, heißt es u. A.: „Der Verdienst der Gesellen beziffert sich im Durchschnitt auf 20 Mk. für Dresden bei 63stündiger wöchentlicher Arbeitszeit.“ Der Lohn ist eher zu hoch angegeben, als er thatsächlich ist, während die Arbeitszeit richtig angegeben sein dürfte; wenigstens bei den Dresdener Innungsmeistern scheint noch eine solch übermäßig lange Arbeitszeit zu bestehen, die fast in keinem anderen Orte in Deutschland für unseren Beruf noch gültig ist; ist doch in allen größeren Städten mit wenigen Ausnahmen die 54stündige Arbeitszeit eingeführt.

\* Das Leipziger Gewerkschaftskartell hat nunmehr den Versuch gemacht, dem allseitig auf dem Gewerkschaftskongreß geäußerten Wunsche, sich den Beschlüssen des Frankfurter Kongresses zu unterordnen, entgegen zu kommen. Es hat in der letzten Sitzung gegen 5 Stimmen beschlossen, den Beschluß, daß die Abschüsse von Tarifgemeinschaften den Prinzipien der Gewerkschaften widersprechenden Verwahrung gegen den schamlosen Artikel der „Leipziger Volkszeitung“, betitelt „Der Leipziger“, eingelegt und erklärt, daß die Leipziger Arbeiterschaft keine Gemeinschaft damit habe. Der angeführte Artikel der „Leipziger Volkszeitung“, der während der Tagung des Kongresses erschien, hat bei den Delegirten selbst Entrüstung hervorgerufen und auch die Parteipresse, und unter dieser den „Vorwärts“, zu einer starken Abfuhr gegen die „Leipziger Volkszeitung“ veranlaßt.

Dieser Beschluß des Kartells ist natürlich nur ein Schritt, denn durch ihn werden die schwebenden Differenzen, namentlich die mit dem Buchdruckerverband, noch nicht aus der Welt geschafft. Wie aus der letzten Nummer der „Buchdrucker-Wacht“ ersichtlich ist, wird von der Gewerkschaft der Buchdrucker neuerdings wieder der Versuch gemacht,

auch den letzten Stein des Anstoßes wegzuräumen. Die Gewerkschaft ist mit einem Schreiben an den Zentralvorstand des Verbandes herangetreten, in dem die Anfrage enthalten ist, ob der Zentralvorstand des Verbandes geneigt sei, mit der Gewerkschaft wegen Aufnahme der gesamten Gewerkschaft in den Verband in Unterhandlungen zu treten. Die Gewerkschaft stützt sich hierbei auf einen von Döblin auf der Münchener Generalversammlung gethanen Ausspruch, daß es „nicht Sache des Verbandsvorstandes sei, den Frieden mit der Gewerkschaft unter allen Umständen zu suchen, sondern die Herren sollten selbst mit einem derartigen Gesuch an den Verband herantreten.“ Was bei dieser Sache herauskommt, bleibt abzuwarten.

\* Der Lohnkampf der Hamburger Bauarbeiter neigt seinem Ende entgegen, desgleichen auch der in Kiel. In Versammlungen dasebst wurde beschlossen, die Sperren aufzuheben und den Arbeitern zu empfehlen, die Arbeit wieder aufzunehmen. Also selbst das Aufgeben des „prinzipiellen“ Standpunktes auf Abschaffung der Akkordarbeit gerichtet, hat den gewünschten Ausweg aus der schwierigen Situation nicht gebracht — wie nicht anders zu erwarten war. Dieser Beschluß mag durch die obwaltenden Verhältnisse bedingt gewesen sein, wenn uns auch seine Begründung etwas spanisch vorkam. Das Frohlocken, das darob auf der einen Seite entstanden ist mit Bezug auf den feinerzeit scharf geführten Streik in der Hamburger Akkordmaureraffäre, erscheint uns unbegründet, denn die Sache wird jetzt, wie auch damals, vielfach vom unrichtigen Standpunkt aus beurteilt. Ein näheres Eingehen hierauf erübrigt sich einstweilen. — Auch der Stuttgarter Bauarbeiterstreik ist resultatlos beendet. Der Streik dauerte 6 Wochen und kostete annähernd 75 000 Mk. Die jetzige Geschäftslage mahnt zur Vorsicht!

\* Ein Kongreß der christlichen Gewerkschaften Deutschlands tagte in München. Voraus ging eine öffentliche Versammlung, in welcher Brust-Altenessen über die Entwicklung der christlichen Gewerkschaften sprach. Derselbe gab die Mitgliederzahl der Gewerkschaften dieser Art insgesamt auf 175 079 an, gegen das erste Quartal 1901 ein Zuwachs von 15 397, während der Gesamtverband nur etwa 84 000 Mitglieder zählt. Prof. Franke-Berlin hielt hierauf einen Vortrag über die Notwendigkeit des internationalen gesetzlichen Arbeiterschutzes, bei welcher Gelegenheit Nebner bedauerte, daß die freien Gewerkschaften, nach seiner Ansicht auf Geheiß der sozialdemokratischen Partei, sich von dem internationalen Verband für gesetzlichen Arbeiterschutz fernhielten. Danach wurden noch mehrere Reden gehalten, die ein weiteres Interesse nicht in Anspruch nehmen. — Zum Kongreß hatten sich 55 Delegierte eingefunden, nur „wirkliche Arbeiter“, ausnahmsweise wurde der Pastor Mumm als Vertreter des Bundes der Fleischergehilfen und die Lehrerin Frä. Böhm in Vertretung des Verbandes der Heimarbeiterinnen zugelassen. Nach dem geschäftlichen Theile wurde zunächst die Gründung von Konsumvereinen, natürlich nur für die christlichen Arbeiter, empfohlen und sodann eine Resolution betreffs der Frauenarbeit angenommen; es wird unter Anderem ein Normalarbeitstag von acht Stunden verlangt. Weiter sollen die Landarbeiter in die Agitation einbezogen werden. — Die Hauptversammlung des Verbandes beschäftigte sich fast ausschließlich mit einem häuslichen Streite, der zwischen den Führern Brust-Giesberts einerseits und Wieber andererseits ausgebrochen. Wieber hatte das „Verbrechen“ begangen, sich gegen die Brotwucherpolitik des Zentrums aufzulehnen. Es gelang den Ersteren, den „Verbrecher“ sammt seinem Metallarbeiterverband (Sitz Duisburg) hinauszuwerfen; es soll nun die Bildung eines neuen Verbandes der Metallarbeiter in die Wege geleitet werden.

\* Ein sehr wichtiges Urtheil für Invaliditätsversicherung ist unlängst gefällt worden. Ein Berliner Unternehmer hatte es unterlassen, einer von ihm beschäftigten versicherungspflichtigen Person Marken in deren Quittungskarte in ausreichender Zahl fristgerecht einzutreiben.

Im Laufe eines später eingeleiteten Rentenverfahrens ergab sich, daß die in den Quittungskarten vorhandenen Beitragsmarken zur Erfüllung der Wartezeit nicht ausreichten. Der Rentenanspruch der versicherten Person wurde deshalb in dem Rentenverfahren abgewiesen. Das ordentliche Gericht entschied entsprechend einem Klageantrag auf Zahlung und Sicherstellung einer Jahresrente und wurde der säumige Arbeitgeber auf Grund des § 823 des Bürgerlichen Gesetzbuchs zur Zahlung einer laufenden Rente verurtheilt.

\* Rundschau über die Lage des Arbeitsmarktes. Die Entwicklung, die der deutsche Arbeitsmarkt im ersten Halbjahr 1902 genommen hat, läßt sich in Form der folgenden Tabelle darstellen. Auf 100 ausgetobene offene Stellen kommen Arbeitsuchende im

	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni
1901	168,8	155,8	139,7	142,8	145,1	152,4
1902	220,2	208,3	148,9	147,5	172,0	167,8
Diff.:	+ 51,4	+ 52,5	+ 9,2	+ 4,7	+ 26,9	+ 15,4

Darnach ist der Andrang zwar immer noch stärker als im Vorjahre; das Maß dieser Uebertragung (die „Differenz“) wird offenbar gegen Ende des Halbjahrs geringer als zu Anfang. Im Laufe des Monats Juni hat in der Reichshauptstadt, die bisher mit das düfferste Bild gezeigt hatte, sogar eine zwar geringe, aber unverkennbare Abnahme des Andranges gegen das Vorjahr stattgefunden. Es kann kein Zufall sein, daß sowohl der Arbeitsnachweis von Berlin selbst, als auch die drei vor den Thoren gelegenen von Charlottenburg, Schöneberg und Nixdorf diese Verminderung übereinstimmend melden. Vielleicht kann dieses Ergebnis auch für manche Theile Norddeutschlands als bezeichnend gelten, da Posen, Leipzig, Dortmund, München-Glabbad u. a. schon seit zwei oder mehr Monaten Ähnliches zu berichten haben. Aber keineswegs kann man es für ganz Deutschland verallgemeinern. So nimmt von Süddeutschland höchstens noch das Großherzogthum Hessen ein wenig daran theil. Wie in Süddeutschland feinerzeit die Krisis später, langsamer und schwächer eingetret hatte, so zeigen sich auch jetzt keine Anzeichen von einem Nachlassen ihrer Wirkungen; dies wird dadurch bestätigt, daß die Arbeitsnachweise in dem benachbarten Oesterreich und der Schweiz dasselbe Bild zeigen. In den Krankenkassen ist die Mitgliederzahl im Laufe des Monats fast genau unverändert geblieben, während sie im Juni v. J. ein wenig (um 0,2 Prozent) zurückgegangen war. Auch hier ist an der kleinen Besserung Berlin theilhaftig.

**Literarisches.**

„Die Neue Zeit“, Revue des geistigen und öffentlichen Lebens (Stuttgart, Dieh' Verlag), erscheint in wöchentlichen Heften a 25 Pf. (pro Quartal 9,25 Mk.) und ist durch alle Buchhandlungen und Kolporteurs zu beziehen. Erschienen ist Heft 42.

„Soziale Praxis“, Zentralblatt für Sozialpolitik. (Herausgeber Dr. Ernst Franke in Berlin.) Verlag von Duncker & Humblot, Leipzig. Erscheint jeden Donnerstag. Preis vierteljährlich 2,50 Mk. Erschienen ist Nr. 41.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Dieh' Verlag) ist uns Nr. 15 des 12. Jahrganges zugegangen. — Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf.; durch die Post bezogen vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pf.; unter Kreuzband 85 Pf.

Die Buchhandlung Vorwärts hat ihr neu herausgegebenes **Schriftenverzeichnis** an sämtliche Zahlstellen unseres Verbandes geschickt. Wir machen die Bibliothekverwalter besonders darauf aufmerksam und empfehlen ihnen, die gebotene Gelegenheit zu benützen, ihre Bücherbestände zu ergänzen.

**Briefkasten.**

J. K. in L. Vertrauensleute erhalten das „Correspondenzblatt“ nicht, so hat erst ausdrücklich der letzte Gewerkschaftskongreß bestimmt; auch Ihr Vorgänger hat's nicht bekommen.

Kollege Wehrand. Mit der Veröffentlichung von dergleichen Eingangs muß ich stets sehr vorsichtig sein. Es arbeiten in der betreffenden Firma schon seit Jahren Verbandsmitglieder, und noch nie ist uns eine Klage von diesen zugegangen.

R. S. in L. Brief kostete 20 Pf. Strafporto; er war mit unnötig viel Papier belastet.

M. W. in St. Sie müssen sich einige Tage gedulden, habe augenblicklich dringende Arbeiten vor, so daß ich Ihr Manuskript nicht gleich durchsehen kann. Sie erhalten schriftlichen Bescheid.

D. B. in D. Ich habe doch einige Bedenken, Ihre Zuschrift aufzunehmen. Das Betragen der Kollegen ist gewiß rüffelhaft, aber vielleicht ist eine Verständigung doch möglich, ohne daß wir gezwungen sind, der Deffektivität ein solches Bild der Zerfahrenheit zu zeigen.

**Fragekasten.**

Giebt es ein Mittel, um dem zerflörenden Treiben des Papierwurmes Einhalt zu gebieten? Ich habe werthvolle Alken aus dem Jahre 1650, welche von dem Wurm angegriffen sind.

Nach unseren eingeholten Erfundigungen wird empfohlen: Aufbewahrung der Bücher in einem hellen, gut gelüfteten, trockenen Raum, sowie öfteres Staubens und Ausklopfen der Bücher.

**Abänderungen im Adressverzeichnis.**

**Adressen der Gaubevollmächtigten.**

Gau XIII. Bayerische Pfalz, Großherzogthum Baden, von Karlsruhe bis Laubersbrosheim, Regierungsbezirk Koblenz links des Rheines und Regierungsbezirk Trier. **Gauborort Mannheim:** F. W. Schmidt, Mannheim, U 6, 24 p. (Vertrauenspersonen: für Heidelberg: Max Ziegenhorn, Semmlergasse 9; für Worms: Alfred Möbius, Mähgasse 2; für Kaiserslautern: Heinrich Schmelzer, Haspelstraße 15; für Birmasens: Karl Fischer, Wildstraße 9; für Koblenz: Arno Kähner, Koblenz-Lübel, Triererstr. 132 II; für Trier: Ed. Lehmler, Paulinstraße 2; für Sulzbach a. Saar: Frh Tröb, Klosterstr. 7; für Saarbrücken: Friedr. Salting in Walfstadt-Burbach, Ludwigbergstr. 44 a; für Kirchheimbolanden: Ad. Kunze, Langgasse.)

**Abänderung im Verzeichniß der Reiseunterstützungs-Auszahl.**

Brandenburg a. S. Z. Frh Richter, Trauerberg 36 a II; von 5 1/2 — 7 Uhr Abends, Sonntags von 12 — 1 Uhr Mittags. (Auch lot. Unterstütz.) Ml. 18 Mk. Az. 10 St. H. F. Gorgas, Wollenweberstr. 3. **Silbesheim.** Z. Gustav Neure, Friesenstieg 13 I; von 1 — 1/2 und 7 — 1/8 Uhr. H. Gewerkschaftshaus, Goshenstraße.

**Abrechnungen**

vom 2. Quartal 1902 sind vom 16. bis 22. Juli bei der Verbandskasse eingegangen: Bon Brandenburg mit — Mk., Breslau 151,61 Mk., Dresden 458,72 Mk., Erlangen 200 Mk., Essen 50,88 Mk., Finsterwalde 42,90 Mk., Frankfurt — Mk., Gera 150 Mk., Glogau 35,30 Mk., Gotha 38,88 Mk., Karlsruhe 150 Mk., Köln 86,45 Mk., Leipzig 1800 Mk., Ludwigshafen 35,60 Mk., Nürnberg 400 Mk., Regensburg 57,37 Mk., Ruhla 43,43 Mk., Hofst 20 Mk., Solingen 80 Mk., Stuttgart 1100 Mk., Schwerin 54,81 Mk., Gau VII 32,41 Mk., Gau IX 85 Mk. und vom Gau XIV mit — Mk.

Diejenigen Zahlstellen- und Gaubevollmächtigten, welche eine Abrechnung noch nicht eingesandt haben, werden um sofortige Einlieferung ersucht.

**E. Gaueisen.**

NB. Die nach dem 30. Juni eingegangenen Gelder kommen erst im 3. Quartal als „an die Verbandskasse eingesandt“ zur Verrechnung.

**An die Zahlstellen und Einzelmitglieder des Gaus IX (Thüringen).**

Nachdem sich die weitaus größte Anzahl der Zahlstellen im Gau IX für Abhaltung eines Gautags erklärt haben, beruft Unterzeichneter in Uebereinstimmung mit den Beschlüssen des vorjährigen Gautags den diesjährigen zum Sonntag den 24. August nach Jena ein. — Tagesordnung und Lokal werden später noch bekannt gegeben. — Anträge und Wünsche betreffs der Tagesordnung, sowie Angebote zu eventuellen Referaten bitten wir uns sobald als irgend möglich, jedenfalls aber bis spätestens zum 3. August zu übermitteln. — Den Einzelmitgliedern zur Nachricht, daß sie den Gautag, jedoch auf eigene Kosten, besuchen können und beratende Stimme dabei haben.

Der Gauvorstand.

J. A.: L. Finemann, Erfurt, Thomasstr. 36 II.

**Anzeigentheil.**

**Zentral-Kranken- und Begräbniskasse  
der Buchbinder etc. (Eingeschr. Hilfsk.) S. Leipzig.**  
[472] [8.80]

Verwaltungsstelle Hamburg.  
Sonnabend den 2. August, Abends 9 Uhr, im  
Restaurant „Zur Karlsburg“, Curienstraße 11

**Hauptversammlung.**

Tagesordnung:

1. Geschäfts- und Kassenbericht.
  2. Neuwahl der Ortsverwaltung.
  3. Bericht von der Generalversammlung.
- Die Ortsverwaltung.

Verwaltungsstelle Mainz.

Samstag den 26. Juli, Abends 8 1/2 Uhr, im Kassen-  
local „Dahlbergerhof“

**Hauptversammlung.**

Tagesordnung:

1. Geschäfts- und Kassenbericht.
2. Neuwahl des Gesamtvorstandes.
3. Verschiedenes.

Die Mitglieder werden gebeten, recht zahlreich zu  
erscheinen. Die Ortsverwaltung.

Verwaltungsstelle Stuttgart.

Montag den 28. Juli, Abends präzis 8 1/2 Uhr, im  
„Gewerkschaftshaus“, Saal II, Göttingerstraße

**Vierteljähr. Hauptversammlung**

Tagesordnung:

1. Geschäfts- und Kassenbericht.
2. Berichterstattung von der Generalversamm-  
lung.
3. Neuwahl der Ortsverwaltung.
4. Verschiedenes.

Auf zahlreiches Erscheinen rechnet  
Die Ortsverwaltung.

**Deutscher Buchbinder-Verband.**

**Zahlstelle Stuttgart.**

Die Mitglieder werden ersucht, spätestens bis Sams-  
tag Abend ihre Mitgliedsbücher zur Kontrolle abzu-  
geben. [0.60]  
[473] Der Vorstand.

Unserem Kollegen [474]

**Albert Rother**

genannt Schorsch

zu seiner stillen Vermählung

**die besten Wünsche.**

Was lange währt, wird gut! [1.—]

Die Mitglieder der Zahlstelle Karlsruhe.

Unserem Kollegen [475]

**Franz Bürkle**

zu seiner Abreise von Karlsruhe ein **herzliches  
Lebewohl.** —70

Die Mitglieder der Zahlstelle Karlsruhe.

Unseren lieben Kollegen [476]

**Albert Eschay  
Thomas Hartig**

zu ihrer Abreise ein [0.80]

„Herzliches Lebewohl!“

Zahlstelle Kaufbeuren.

[477] [2.—]

**Achtung.**

Der Buchbinder Bruno Woidt ist bei Nacht und  
Nebel von Christiania (Norwegen) ausgerückt, um sich  
seinen Verpflichtungen zu entziehen. Um seine  
Adresse bittet

**Buchbinder R. Redlich**  
Christiania, Raadhugade 30.

**Moderne leuchtende Buchschnittfarben**  
Neu! zum Färben Neu!  
Liefert in jedem gewünschten Farbenton per Liter 3 Mk.  
Probeflasche 25 Pf. excl. Porto. P. Szigriszt, Buch-  
schnittfarben-Geschäft, Leipzig, Thälstr. 1. [478a] [—50]

**Zahlstelle Berlin.**  
Mittwoch den 30. Juli, Abends 8 1/2 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses,  
Engel-Ufer 15  
**Ordentliche General-Versammlung.**  
[479] [8.60]

Tagesordnung:

1. Geschäfts- und Kassenbericht.
2. Ersatzwahl zur Ortsverwaltung.
3. Neuwahl der Rechtsschutz-Kommission.
4. Abrechnung von der Waisammlung.
5. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Um vollzähliges und pünktliches Erscheinen aller Mitglieder ersucht

Mitgliedsbuch legitimirt!

Die Ortsverwaltung.

Sonnabend den 16. August 1902

**Dampfer-Mondschein-Fahrt mit Musik**

nach dem Etablissement „Wilhelminen Hof“ in Ober-Schöneweide.

**Grosser Sommernachts-Ball.**

Um 12 Uhr: Grosse Fackel-Polonaise.

Von 3 Uhr ab: Gemüthliches Kaffeekochen.

**Billet 75 Pfennig für Hin- und Rückfahrt inclusive Tanz.**

Abfahrt der beiden ersten Dampfer präzis 1/9 Uhr von der Dampferstation Schiffhäuser, zwischen  
Weisen- und Jannow-Brücke. — Rückfahrt Morgens 5 Uhr.

Billets sind von heute ab in sämtlichen Zahlstellen, bei den Werkstätten-Vertrauenspersonen, sowie in  
unserem Bureau zu haben. Die zum Vertrieb entnommenen Billets sind bis **spätestens Mitt-  
woch den 13. August** abzurechnen. Geschieht dies nicht, so gelten die Billets als **verkauft.**

Zahlreiche Beteiligung erwartet

D. O.

**Wichtig für Buchbinder.**

Im westlichen Vorort Berlins ist eine gut eingeführte  
Papierhandlung krankheitsshalber sehr preiswerth zu  
verkaufen. [480]

Offerten unter A. B. 205, Postamt 3, Groß-  
Lichterfelde erbeten. [1.40]

Nach Abo (Finland) [481]

**zwei tüchtige Buchbindergehilfen**

als Handvergolber und Sortimenter und ein in Konto-  
büchern erfahrener Gehilfe bei hohem Lohn sofort  
gesucht. Zeugnisabschriften einsenden. Reisegeld zurück-  
erstattet. Zu melden [1.20]

Leipzig, Sternwartestraße 46, Buchbinderei.

**Etuistischer,**

tüchtiger Arbeiter, speziell für bessere Schmucketuis  
und Etalagen, wegen Abgang des jetzigen zum Militär,  
in gute, dauernde Stellung gesucht.

Offerten mit Zeugnisabschriften und Lohnansprüchen  
an J. & G. Gottschalek, Salomonstraße 14,  
Leipzig, einzusenden. 482.] [2.00]

Ein tüchtiger [2.00]

**Pressvergolder,**

welcher in Blind-, Relief- und Golddruck bewandert  
ist, findet sofort dauernde Stellung bei

**A. Riffarth,**

Dampfbuchbinderei,  
W.-Glabbach (Rheinland).

Empfehle allen Freunden und Genossen mein  
**Weiß- & Bayerisch-Bierlokal**

nebst Vereinszimmer für 40 Personen und Franz.  
Billard. [2.00]

Für gute Speisen und Getränke ist bestens gesorgt.  
Gemüthlicher Aufenthalt. Telefon Amt 4 a 6591.  
484]

**Gustav Ludwig,**  
Berlin, Kommandantenstraße 65,  
Zahlstelle des Verbandes und der Hilfskassentafel.

**Selbständiger Liniierer**

von Papierfabrik Nähe Dreßdens zum sofortigen  
Antritt gesucht. 486.] [1.60]  
Angebote nebst Gehaltsforderung unter H. B. 599  
durch die Expedition dieser Zeitung erbeten.

**Kaffee Schmale**

(früher Kaffee Siebert)

**Hauptverkehr der Buchbinder**

486.] Berlin, Sebastiansstraße 42. [1.60]

Kaffee 10 Pf. — Schultzebier 10 Pf.

Warme Speisen zu jeder Tageszeit.

Franz. Billard. — Große Auswahl Zeitungen.

**Leipzig. Restaurant & Gutenberg,**

Johannissgasse 19/21.

Empfehle meine neuerbauten Lokalitäten mit Saal  
und Gesellschaftszimmer werthen Vereinen und Ge-  
sellschaften zur gefälligen Benutzung. [2.00]

Speisen und Getränke in bekannter Güte.  
487] **J. Rohm.**

**Statistische Erhebungen**

in den Buchbindereien und verwandten  
Berufen Deutschlands vom Jahre 1900  
sind in Form einer 252 Seiten starken  
Brochure erschienen.

Für Verbandsmitglieder zu beziehen  
durch die örtlichen Bevollmächtigten zum  
Preis von 25 Pf. (excl. Porto).

Bei direkter Zusendung durch das  
Verbandsbureau, Sophien-  
straße 10 I, für Mitglieder  
45 Pf., für Nichtmitglieder  
1,20 Mk. (inkl. Porto).